

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 75

on and similar papers at core.ac.uk

Rosa-Luxemburg-Stiftung

ULRICH BRAND

Zwischen Schutz, Rechten und Kommerzialisierung

Die Konvention über biologische Vielfalt
im Globalisierungsprozeß und Chancen
demokratischer Biodiversitätspolitik

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 75

ISBN 978-3-320-02144-3

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008

Satz: Marion Schütrumpf

Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bärenruck und Werbung

Printed in Germany

Vorwort

Das beschleunigte Verschwinden von Arten weltweit und die enorm zunehmenden technologischen Möglichkeiten zur ökonomischen Verwertung der Pflanzen- und Tierwelt insbesondere durch Gentechnik und Informationstechnologien führten dazu, dass sich in den letzten zwei Jahrzehnten Widerstand gegen diese Entwicklungen formierte. Die verschiedensten Akteure kamen auf den Plan: nichtstaatliche Umweltorganisationen, globalisierungskritische Organisationen, aber auch verschiedene nationale, auch staatliche Akteure und international tätige Organisationen nahmen sich dieser Problematik an. Nach dem Ende des Kalten Krieges öffnete sich international der politisch-diplomatische Raum für die Bearbeitung der Probleme, die im Zusammenhang mit der Erhaltung der Biodiversität stehen. So kam es zur Konvention über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD).

Vom 19. bis 30. Mai 2008 findet nun die 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD in der Bundesrepublik Deutschland statt. Dieses Ereignis wird vermutlich mit umfassenden Informationsmöglichkeiten verschiedener Akteure aus Bildung, Umweltpolitik, Entwicklungspolitik und Wissenschaft zu vielen Facetten dieser Thematik verbunden sein.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird mit ihrem Bildungsangebot dabei eigene Akzente setzen.

Der politische Umgang mit Problemen der Biodiversität war und ist immer wieder Gegenstand der politischen Bildungsarbeit und der Auslandsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Viele Fakten und Zusammenhänge müssen erkannt und berücksichtigt werden, wenn Meinungsbildungsprozesse gefördert werden sollen, vor allem auch bezogen auf globale Prozesse. Immer wieder werden Probleme der Gentechnik diskutiert. Es geht um Patentschutz und andere rechtliche Fragen sowie darum, ob die ökonomischen Vorteile die Lebensqualität für alle Menschen auf dieser Erde in Frage stellen dürfen. Viel zu wenig diskutiert werden immer noch Grundfragen von Technologiepolitik und einer demokratischen Beeinflussung der Entscheidungen, die über die konkret zu entwickelnden Technologien und ihren Einsatz gefällt werden. Die Spitzen der wissenschaftlich-technischen Forschungsinstitute und der Unternehmen bestimmen mit ihren Strategien die politische Dynamik von Forschungen z.B. auf dem Gebiet der Gentechnik oder der Nanotechnologie, deren Auswirkungen auf den Bereich der Biotechnologie noch nicht abzuschätzen sind. Diese Entscheidungen sind öffentlichen Diskussionen nicht zugänglich. Bestenfalls Technikfolgenabschätzung und der Umgang mit den Folgen dieser Entwicklungen sind öffentlich verhandelbar.

Deshalb ist der vorliegende Beitrag von Dr. Ulrich Brand für unsere Bildungsarbeit besonders wichtig, denn er analysiert den bisherigen Prozess der Konvention zur Biodiversität und schließt auf Chancen für eine demokratische Biodiversitätspolitik.

Er gibt Einblick in die Kompliziertheit internationaler Aushandlungsprozesse, die entstandenen Regelungen mit ihren Zielen und darauf, ob und wie diese Ziele verwirklicht werden. Eine demokratische Biodiversitätspolitik gehört – wenn überhaupt – nur sehr marginal zu den Zielen, wie übrigens die umfassende Erhaltung der Biodiversität selbst auch. Ulrich Brandt konstatiert enorme Machtungleichgewichte, z.B. allein durch die Rolle der WTO.

Dieser Text ermöglicht es, sich mit den komplexen Sachverhalten vertraut zu machen, die für eine inhaltliche und politische Auseinandersetzung mit den Problemen um die Biodiversität verbunden sind. Nachdrücklich verweist der Autor auf die Möglichkeiten für eine demokratische Biodiversitätspolitik zum Beispiel durch Transparenz in der Wissenschafts- und Technologieentwicklung, durch Aufdecken von Praktiken und Verantwortlichen in der Biopiraterie oder durch die Identifizierung von schwächeren Akteuren und ihren Interessen.

*Dr. Evelin Wittich,
geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Zwischen Schutz, Rechten und Kommerzialisierung

Die Konvention über biologische Vielfalt im Globalisierungsprozess und Chancen demokratischer Biodiversitätspolitik¹

Zusammenfassung:

Die Dynamik des CBD-Prozesses wird weniger von effektiven Politiken zum Erhalt der biologischen Vielfalt bestimmt, sondern von den Interessen an ihrer Kommerzialisierung. Die Perspektiven einer demokratischen Biodiversitätspolitik müssen sich damit auseinandersetzen. Nachdem in diesem Policy-Papier die CBD in den größeren Kontext der Globalisierung gestellt wurde (2. Teil), werden jene Funktionen knapp dargestellt, die sich vierzehn Jahre nach Inkrafttreten als zentral herausgebildet haben (3. Teil). Der Prozess ist weiterhin von Konflikten, Unsicherheit und offenen Fragen geprägt. Dies zeigte sich auch auf der letzten Vertragsstaatenkonferenz im März 2006 im brasilianischen Curitiba. Zu den zentralen Konfliktlinien zählen die Fragen von Zugang, Vorteilsausgleich und geistigen Eigentumsrechten, die teilweise problematischen Schutzstrategien und die Einführung von gentechnisch verändertem Saatgut, die umstrittene Position indigener Völker und bäuerlicher Gemeinschaften in den Verhandlungen und der schleppende Implementierungsprozess. Darüber hinaus werden insbesondere das Verhältnis des CBD-Prozesses zur WTO und strukturelle Machtungleichgewichte betrachtet (4. Teil). Der CBD-Prozess blendet wichtige Fragen aus, insbesondere jene nach der Technologieentwicklung, der zunehmenden Militarisierung der Naturaneignung und Biopiraterie sowie der ungleichen Rolle und Handlungsmöglichkeiten von Männern und Frauen (5. Teil). Aus aktuellem Anlass wird auf das *Millennium Ecosystem Assessment* eingegangen und es werden vorhandene Potentiale und Gefahren benannt (6. Teil). Abschließend geht es um zentrale Orientierungen einer demokratischen Biodiversitätspolitik (7. Teil) und die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure (8. Teil), die verbunden werden mit einem Ausblick auf die 9. Vertragsstaatenkonferenz, die im Mai 2008 in Deutschland stattfinden wird. Auf konkrete Forderungen wird in diesem Policy-Papier weitgehend verzichtet, denn diese ergeben sich zum einen aus der Analyse und liegen zum anderen von den einzelnen Akteuren vielfach vor. Dieses Papier soll die vielen strittigen Fragen und ihren Kontext und einige Gründe genauer umreißen, um sie diskutier- und verhandelbar zu machen.

1 Prof. Dr. Ulrich Brand ist seit September 2007 Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und Mitglied der Forschungsgruppe Internationale Biodiversitätspolitik.

Inhalt

1. Einleitung

2. Der historische Kontext: Globalisierung und biologische Vielfalt

3. Die komplexe Rolle der CBD

4. Aktuelle Probleme und Konflikte im CBD-Prozess

- a) Zugang, Vorteilsausgleich und geistige Eigentumsrechte: Perspektiven eines internationalen ABS-Regimes
- b) Schutz der biologischen Vielfalt und Einführung von gentechnisch verändertem Saatgut
- c) Die Funktionalisierung indigener Völker und bäuerlicher Gemeinschaften
- d) Schwächen der Implementierung
- e) Zur fehlenden Kohärenz innerhalb der CBD und gegenüber anderen Konventionen
- f) Forum-shifting
- g) Strukturelle Machtungleichgewichte bleiben erhalten

5. Ausblendungen des CBD-Prozesses

- a) Kaum zu regulierende Technologieentwicklungen
- b) Biopiraterie und zunehmende Militarisierung der Naturaneignung
- c) Ausblendung asymmetrischer Geschlechterverhältnisse

6. Die Bedeutung des *Millennium Ecosystem Assessment*

7. Chancen demokratischer Biodiversitätspolitik

- a) Demokratisierung von Wissenschaft und Technologieentwicklung
- b) Praktiken und Verantwortliche der Biopiraterie öffentlich machen
- c) Anliegen schwächerer Akteure sichtbar machen
- d) Nicht nur Partizipation von schwächeren Akteuren fördern, auch ein-klagbare Rechte

8. Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen

9. Auf dem Weg zur COP 9 im Jahr 2008 in Deutschland

Literaturverzeichnis

1. Einleitung

Dieses Policy-Papier geht folgender Frage nach: Inwiefern ist die CBD in der Lage, eine *demokratische Biodiversitätspolitik* auf internationaler Ebene wie auch in den verschiedenen nationalen und lokalen Kontexten voranzutreiben? Dabei wird auf Erfahrungen aus der vierzehnjährigen Existenz der CBD zurückgegriffen. Dies geschieht insbesondere im Hinblick auf die nächste Vertragsstaatenkonferenz der CBD, die vom 19. bis 30. Mai 2008 in Deutschland stattfinden wird. Direkt davor findet ebenfalls in Bonn die 4. Vertragsstaatenkonferenz des CBD-Protokolls zu biologischer Sicherheit (sog. Cartagena-Protokoll) statt.

Unter demokratischer Biodiversitätspolitik werden Ideen und Praktiken verstanden, welche zum einen die biologische Vielfalt erhalten und nachhaltig nutzen und zum anderen allen betroffenen Bevölkerungsgruppen und Akteuren die Möglichkeit einräumen, auf die Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse (inklusive der Verhältnisse zwischen Gesellschaft und Natur) in ihrem Sinne Einfluss zu nehmen. Dies geht nicht zuletzt mit einer notwendigen Zurückdrängung des Einflusses der aktuell dominierenden nicht-staatlichen Akteure, insbesondere der Agrar- und Pharmaindustrie, einher.

Demokratie wird verstanden als Prozess, der über formale Entscheidungsprozeduren hinausgeht. Grundlage dafür ist, dass die betroffenen Bevölkerungsgruppen und Akteure sich überhaupt über die Tragweite spezifischer Probleme Klarheit verschaffen können sowie ihre Interessen und Wertvorstellungen im politischen Prozess zur Geltung bringen können.

In diesem Policy-Papier werden einige Probleme sowie Perspektiven einer demokratischen Biodiversitätspolitik angezeigt. Die Argumentation ist folgendermaßen aufgebaut: Es geht zunächst um eine knappe Skizze des Zusammenhangs von Globalisierung und biologischer Vielfalt (2.), daran anschließend um die komplexe Rolle der CBD in diesem Prozess (3.). Im Hauptteil des Papiers werden zentrale Probleme und Ausblendungen des CBD-Prozesses angesprochen (4. und 5.) und aus aktuellem Anlass auf das *Millennium Ecosystem Assessment* eingegangen (6.). Im Anschluss an eine Einschätzung, wie die Bedingungen demokratischer Biodiversitätspolitik verbessert werden könnten (7.), geht es um einen Ausblick auf den Prozess hin zur 9. Vertragsstaatenkonferenz, die 2008 in Deutschland stattfinden wird (8.).

Das Papier soll zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit komplexen Sachverhalten anregen: Eine solche Diskussion sowie die damit erfolgende Klärung unterschiedlicher Perspektiven und den ihnen zugrundeliegenden Annahmen und Interessen ist selbst Teil demokratischer Biodiversitätspolitik.

2. Der historische Kontext: Globalisierung und biologische Vielfalt

Seit den 1970er Jahren ist die Erosion der agrarischen und der „wilden“ biologischen Vielfalt als wichtiges Umweltproblem anerkannt. Die seit 1989 verhandelte CBD ist – zusammen mit der FAO - die zentrale internationale politische Institution, mit der die dramatische Erosion der biologischen Vielfalt gestoppt werden soll.

Den Kontext der Entwicklung der CBD bildet zum einen das Ende des Kalten Krieges und damit einhergehend eine Aufwertung von Fragen, die nicht direkt mit Sicherheitspolitik und dem Ost-West-Konflikt zu tun haben. Dies öffnete politisch-diplomatischen Raum für die Behandlung neuer Fragen. Zum anderen kommt es seit den 1970er Jahren zu ökonomisch-technologischen und politischen Veränderungen, die unter dem Begriff der Globalisierung zusammengefasst werden können.

Mit Globalisierung geht die Entwicklung neuer Technologien, insbesondere der Mikroelektronik, einher. Teil dieser Dynamik ist die Entwicklung neuer Biotechnologien, für die biologische Vielfalt und insbesondere die vererbbaaren Eigenschaften eine Art „Rohmaterial“ darstellen. Forschungsinstitute und Unternehmen benötigen daher „genetisches Material“ aus *ex situ*- oder *in situ*-Beständen. Dabei ist der Begriff der „genetischen Ressourcen“ problematisch, weil er eine bestimmte Sichtweise auf die vererbbaaren Eigenschaften von biologischer Vielfalt vorgibt: Die Eigenschaften sollen ökonomisch verwertbar gemacht werden.

Durch Bioprospektierung soll das „grüne Gold der Gene“ von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen auf seinen möglichen ökonomischen Wert hin untersucht werden. Mit der Gentechnologie gehen Versprechen einher, Armut, Hunger und Krankheit besser als bisher bekämpfen zu können. Kennzeichen dieses Prozesses ist ein hohes Maß an Unsicherheit, da sich in vielen Fällen erst später herausstellt, ob und wie bestimmte Eigenschaften und DNA-Sequenzen verwendet werden können. Daher kann der Rückgriff auf „traditionelles“ Wissen um Umgang mit Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen wichtige Hinweise geben. Die Unternehmen können damit erhebliche Forschungskosten einsparen. Von den neuen Biotechnologien wird die Erschließung ganz neuer Produktionszweige und Märkte und letztlich die Erzielung immenser Profite erwartet. Von den Industrien, die auf der Anwendung der selbsternannten *life sciences* im Agrar- und Pharmabereich basieren, gehen damit weitreichende Impulse zur Umgestaltung der Verhältnisse zwischen Gesellschaft und Natur aus. Dabei stehen die Unternehmen in einem harten Konkurrenzkampf um marktfähige Produkte und Profite. Dies führt zu einer starken Unternehmens- und damit Machtkonzentration.

Biologische Vielfalt wird mitunter als „Erdöl des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet, d.h. es könnte das zentrale Schmiermittel für eine neue ökonomische Wachstumsdynamik sein, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft und Pharmazie, Kosmetik, aber auch darüber hinaus. Davon betroffen sind Forschungsstrategien und Produktionsmuster von Unternehmen, die Lebensweisen von Menschen in biodiversitätsreichen Gebieten, aber auch die Lebens- und Konsumgewohnheiten von vielen anderen.

Treibende Kräfte der ökonomisch-technologischen und politisch-rechtlichen Entwicklungen kommen aus den USA. US-Firmen wie Monsanto und US-amerikanische Forschungsinstitute stehen an der Spitze biotechnologischer Entwicklungen in den Bereichen Landwirtschaft und Gesundheit. Die Regierung, der Oberste Gerichtshof und das US-Patentamt ermöglichen seit den 1980er Jahren biotechnologische Forschungen und deren Absicherung über Patente. Obwohl die USA die CBD nicht ratifiziert hat, versucht sie deren Entwicklungen – zusammen mit anderen Regierungen – im Interesse der biotechnologischen Industrie auszurichten (neuere Zahlen in Brand 2007).

Seit den 1980er Jahren gibt es also auf verschiedenen Ebenen Bemühungen, diese technologisch-ökonomischen Entwicklungspotenziale politisch-rechtlich abzusichern. Die CBD ist Teil dieser Entwicklungen. In der Sozialwissenschaft wird der Prozess der rechtlichen Absicherung ökonomisch-technischer Entwicklungen im Sinne einer modernen kapitalistischen Eigentums- und Rechtsordnung als „globaler Konstitutionalismus“ bezeichnet (Gill 2003).

Für die politische Gestaltung der Globalisierung ist ein weiterer Aspekt wichtig: Es kommt zu einer zunehmenden Bedeutung von Wissen und Wissenschaft sowie von Technologien. Politisch drückt sich das an der Einrichtung und Bedeutung des Subsidiary Body for Scientific, Technical and Technological Advice (SB-STTA) der CBD oder dem Millennium Ecosystem Assessment aus. Es findet darüber hinaus eine steigende Kommerzialisierung der öffentlich finanzierten Wissenschaften statt, d.h. eine Orientierung der Forschung an vermarktbarem Wissen. Die politischen Prozesse selbst finden unter komplexen und unsicheren Bedingungen statt. Es herrscht nicht nur die bereits erwähnte Unklarheit über die ökonomischen Ergebnisse gentechnologischer Entwicklungen, sondern auch über die Wirkung von internationalen Regulierungen auf nationaler und lokaler Ebene. Die Delegierten bei internationalen Konferenzen treffen zudem permanent Entscheidungen, ohne deren Auswirkungen zu kennen. Dies betrifft insbesondere die Repräsentanten der südlichen Länder, die zudem häufig unter Druck gesetzt werden. Unklar ist aber auch, inwieweit etwa gentechnisch veränderte Organismen ihre Umwelt und die Gesundheit von Menschen und Tieren negativ beeinflussen oder zu welchem Grad andere Umweltprobleme wie der Klimawandel die Politiken gegen die Erosion biologischer Vielfalt im Rahmen der CBD untergraben.

Die Dynamik der internationalen Biodiversitätspolitik liegt im Kontext der Globalisierung weniger im Schutz bzw. dem Stopp der Erosion von biologischer

Vielfalt begründet, sondern basiert auf den vielfältigen Interesse der Kommerzialisierung der biologischen Vielfalt (vgl. Görg 2003; Kaiser 2003; Wullweber 2004; Brand/Görg 2008; für theoretische und kritische Perspektiven auf nachhaltige Entwicklung, vgl. Meier/Wittich 2007; Conca et al. 2008). Damit gehen Konflikte einher, die im Rahmen der CBD (und der FAO) bearbeitet werden. Die Interessen am Schutz und der Erhaltung der biologischen Vielfalt werden damit nicht unwichtig. Aber sie stehen im Schatten der Interessen an der Kommerzialisierung. Es wird von vielen Akteuren angenommen, dass Schutz und Erhalt biologischer Vielfalt dann am besten erfolgen, wenn ihr ein ökonomischer Wert zugemessen wird. Überspitzt formuliert: Effektiver Naturschutz muss aus dieser Sicht ökonomisch profitabel sein.

3. Die komplexe Rolle der CBD

Mit der CBD streben die Vertragsstaaten drei hauptsächliche Ziele an (Art. 1 der CBD): Schutz der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und eine faire Aufteilung der sich aus der Nutzung ergebenden Vorteile (*benefit-sharing*); dabei sollen der Zugang zu genetischen Ressourcen und der Transfer von Technologie berücksichtigt werden. Bestimmungen gibt es an anderen Stellen auch zur Sicherung geistiger Eigentumsrechte. Einen im Vergleich zu anderen internationalen Abkommen hohen Stellenwert nimmt in der CBD die Rolle indigener und lokaler Gemeinschaften ein (der Begriff „indigene Völker“ wird in den offiziellen Dokumenten vermieden, damit eventuelle Souveränitätsansprüche nicht gestärkt werden).

Große Bedeutung hat die Bestimmung, dass erstmals in einem völkerrechtlichen Vertrag die „nationale Souveränität“ über natürliche (nicht nur genetische) Ressourcen festgeschrieben wurde (etwa in Artikel 15.1 der CBD). Das bis dahin in der Aneignung biologischer Vielfalt geltende Prinzip des „gemeinsamen Erbes der Menschheit“ wird damit abgelöst und die lokale Bevölkerung erhält nicht automatisch mehr Rechte.

Die CBD hat sich für den Bereich der „wilden“ Biodiversität zum zentralen internationalen politischen Terrain entwickelt. Der Bereich der agrarbiologischen, d.h. vom Menschen domestizierten Vielfalt wird zuvorderst von der FAO und dem im November 2001 verabschiedeten Internationalen Vertrag zu pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (ITPGR) behandelt. Dennoch spielt auch hier die CBD eine wichtige Rolle.

Die Ausrichtung der CBD war zunächst eine des Naturschutzes. Doch im Verhandlungsprozess bis 1992 und in der späteren Ausgestaltung der CBD gewannen andere Akteure und ihre Interessen zunehmend Einfluss. Zum einen die Unternehmen und Forschungsinstitute der Agrar- und Pharmabranche, zum anderen indigene Völker und ländliche Gemeinden. Letztere wurden in vielen Fällen von NGOs repräsentiert. Spätestens seit der COP 3 (in Buenos Aires im November 1996) sind sie selbst relativ stark präsent.

Die wichtigsten politischen Funktionen der CBD lassen sich folgendermaßen beschreiben:

- 1) Die CBD stellt einen politisch-rechtlichen Rahmen dar, innerhalb dessen nicht nur der Erhalt der biologischen Vielfalt verbessert werden soll, sondern auch – und vor allem – die genannten wissenschaftlichen und technologisch-ökonomischen Entwicklungen abgesichert werden sollen. Trotz aller Komplexität kann heute festgestellt werden, dass die CBD Teil des „globalen Konstitutionalismus“

ist, d.h. die westlich-bürgerliche Eigentums- und Rechtsordnung internationalisiert wird. Die ökonomische Aneignung der biologischen Vielfalt und insbesondere der genetischen Güter bedarf einer gewissen Rechtssicherheit. Dies geschieht insbesondere im Interesse der „modernen“ Akteure, d.h. Pharma- und Agrarunternehmen und Forschungsinstitute.

2) Die CBD ist keine mit umfassenden Ressourcen und Sanktionsmacht ausgestattete Organisation (wie die WTO oder, hinsichtlich der Ressourcen, die FAO), sondern eine Rahmenkonvention. Sie entwickelt ihre Wirkungen dadurch, dass die Beschlüsse in nationales Recht und nationale Politiken umgesetzt werden.

3) Die CBD ist zudem nicht nur ein politisch-institutionelles Terrain, das den Rahmen für nationale Implementierungen vorgibt. Sie hat auch eine wichtige orientierende Funktion für bestimmte Akteure. Über die Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren hinaus hatten Bildung und öffentliche Aufmerksamkeit (*public awareness*) einen wichtigen Platz in den Verhandlungen der COP 8.

4) Die CBD als internationales politisches Abkommen hat sich zu einem Terrain entwickelt, auf dem sich mehr oder weniger geteilte Perspektiven herausbilden, was (a) überhaupt die Probleme und ihre Ursachen sind, (b) wie sie bearbeitet werden sollen und wo (c) Erfahrungen mit konkreten Politiken gemacht werden. Die Dimensionen (a) und (b) sind keinesfalls selbstverständlich, denn es gibt jeweils unterschiedliche Problemdeutungen und Vorschläge zur Problembearbeitung. Und es wird von den relevanten staatlichen Akteuren grundsätzlich anerkannt, dass die vielen politischen, ökonomischen und sozialen Konflikte im Rahmen der CBD als politische ausgetragen werden sollen (dass dem nicht unbedingt so ist: siehe unten).

5) Damit verbunden ist folgender Aspekt: Die CBD ist – im Gegensatz etwa zur WTO – ein relativ offenes Kompromissterrain, auf dem unterschiedliche Akteure ihre Anliegen zur Sprache bringen können. Daher tendiert die CBD auch dazu, thematisch „überladen“ zu werden. Aber das hängt eben mit dieser offenen Struktur zusammen und ist nicht unbedingt negativ zu bewerten.

4. Aktuelle Probleme und Konflikte im CBD-Prozess

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen zur Rolle der CBD im Globalisierungsprozess werden im Folgenden spezifische Probleme und Konflikte genauer analysiert. Dies erfolgt nicht umfassend, sondern im Hinblick auf die Möglichkeiten und Grenzen demokratischer Biodiversitätspolitik.

a) Zugang, Vorteilsausgleich und geistige Eigentumsrechte: Perspektiven eines internationalen ABS-Regimes

Aus der Komplexität der innerhalb der CBD verhandelten Dimensionen ragen die Fragen von Zugang, Vorteilsausgleich und geistigen Eigentumsrechten als zentrale Konflikte heraus. In Curitiba wurde dies wiederum deutlich und das *Earth Negotiation Bulletin* schreibt zu Recht, dass in den kommenden Jahren die „highest priority is clearly assigned to access and benefit-sharing“ (ENB, Vol. 9, 363: 23; Heineke/Wolff 2004).

Es hat sich diesbezüglich zwar in den letzten Jahren eine allgemeine Kompromisslinie zwischen Nord- und Süd-Regierungen herausgebildet, nämlich die Vermarktung der biologischen Vielfalt bzw. der genetischen „Ressourcen“ voranzutreiben. Grundlage hierfür ist das erwähnte Prinzip der „nationalen Souveränität“ über genetische Ressourcen, womit die Zuständigkeit von Staaten etabliert wurde, die ja gleichzeitig die völkerrechtlichen Subjekte sind. Im Grunde gibt es auch keinen Dissens, dass Zugang zu den Komponenten biologischer Vielfalt gesichert werden soll (*access*).

Der Kompromiss wird auch deutlich an der Fokussierung der *in situ* vorkommenden genetischen „Ressourcen“, während die enormen *ex situ*-Bestände, die bereits in öffentlichen oder privaten Genbanken oder botanischen und zoologischen Gärten lagern, kaum thematisiert werden. Denn insbesondere hinsichtlich der *in situ*-Vorkommen können sich die südlichen Regierungen Hoffnungen auf ökonomische Vorteile machen.

Konflikte gibt es über die konkreten Bedingungen und die Teilhabe an den potentiellen Vermarktungsgewinnen. Dies ist der Kern des Streits um einen „gerechten und fairen“ Vorteilsausgleich (*benefit-sharing*; präzisiert etwa in den Artikeln 8(j) und 15.7. der CBD).

Schutzaspekte werden dabei immer stärker mit den Bedürfnissen einer effektiven Aneignung der genetischen Ressourcen in Einklang gebracht. Die Entwicklungen auf diesem Terrain werden v.a. angetrieben von den dominanten Interessen nördlicher Unternehmen und Forschungsinstitute, sich genetische Ressourcen anzueignen und sie im Agrar- und Pharmabereich zu verwerten.

Eng verbunden mit Fragen von Zugang und Vorteilsausgleich sind jene um geistige Eigentumsrechte (IPR; vgl. Heineke 2002; Villareal et al. 2005). Sie werden weiterhin auch innerhalb der WTO und des dortigen TRIPS-Abkommens verhandelt sowie im Rahmen der World Intellectual Property Organization (WIPO), die vor einigen Jahren eine *Patent Agenda* zur internationalen Harmonisierung der nationalen IPR-Bestimmungen formulierte (WIPO 2002; Correa/Musungu 2002). Angesichts der aktuellen Legitimationsprobleme von WTO und insbesondere des TRIPS-Abkommens könnte die steigende Bedeutung der WIPO und ihrer Patent-Agenda als eine Art „Gegenoffensive“ jener Akteure verstanden werden, die für starke IPR sind (zu weiteren Problemen im Zusammenhang von geistigen Eigentumsrechten und Naturgütern vgl. Lasén Díaz 2005).

Wie wird im Rahmen der CBD mit den latenten und offenen Konflikten umgegangen? Mit den sog. *Bonn Guidelines* aus dem Jahr 2001 wurde ein Kompromiss zwischen den Regierungen etabliert, der im Rahmen der Ad Hoc Open-ended Working Group on ABS weiterverhandelt wird (angenommen auf der COP 6 in Den Haag 2002 durch Decision VI/24). Der Implementierungsprozess der ABS-Guidelines wird jedoch als bislang ungenügend erachtet. Die Guidelines sind zu unverbindlich und der Fokus liegt eindeutig auf Zugang und nicht auf Vorteilsausgleich. Deshalb schlug vor einigen Jahren die *Group of Like-Minded Megadiversity Countries* einen verbindlicheren Mechanismus zu Zugang und Vorteilsausgleich vor. Dieser Vorschlag konnte sich zunächst jedoch nicht durchsetzen. Doch angesichts der immer offensichtlicheren geringen Effektivität der CBD und der Implementierungsprobleme wird seit der 7. Vertragsstaatenkonferenz im Jahr 2004 ein ABS-Regime angestrebt (Decision VII/19). Dies war zwei Jahre später in Curitiba eines der zentralen Themen und wird es auch in 2008 in Deutschland sein.

Mit dem internationalen ABS-Regime wird – wie zuvor mit dem seit September 2003 geltenden Biosafety-Protokoll – ein Bereich der internationalen Biodiversitätspolitik mit hoher Bedeutung versehen: Die Bedeutung von Zugang und Vorteilsausgleich unterstreichen, das Wissen um die enorm komplexen Probleme vergrößern, die verschiedenen Interessen – insbesondere hinsichtlich des Schutzes und der Nutzung biologischer Vielfalt – deutlich machen. Das Regime wird zudem eine wichtige Orientierung für Prospektierungsabkommen und die nationale Gesetzgebung haben.

Die Ausarbeitung des Regimes ist weitgehend auf Initiative der Industrie zustande gekommen, nämlich über die Entwicklung der sog. *Swiss Draft Guidelines* Ende der 1990er Jahre, die auf der COP 5 in Nairobi präsentiert wurden. Sie wurden abgewandelt von den Vertragsstaaten als Bonner Richtlinien (*Bonn Guidelines on ABS*) übernommen. Fragen der Rechtssicherheit hinsichtlich des Zugangs und geistigen Eigentums, die im Interesse der Unternehmen und der Regierungen liegen, dominieren eindeutig über die Rechte der indigenen Völker und bäuerlichen Gemeinschaften.

Das Regime bietet eigentlich die Chance, eine große Schwäche der CBD auszugleichen: Nämlich die Tatsache, dass die *ex situ*-Bestände, die vor Inkrafttreten der CBD 1993 gesammelt wurden, nicht Teil von *benefit-sharing*-Mechanismen sind. Sie könnten über ein ABS-Regime berücksichtigt werden. Doch das ist bislang nicht der Fall.

Konflikte bestehen vor allem hinsichtlich der Verbindlichkeit eines Regimes. Die Vorverhandlungen zur COP 8 Ende Januar/Anfang Februar 2006 in Granada haben gezeigt, dass der Vorschlag der äthiopischen Regierung für verbindliche Regelungen (UNEP/CBD/WG-ABS/4/1) von vielen Regierungen nicht gewollt wird. Die biotechnologische Industrie und die sie vertretenden nördlichen Regierungen sind für flexible Zugangsregelungen, die den Rahmen für bilaterale Verträge darstellen. Vor allem die sog. JUSCANZ Gruppe, d.h. die Regierungen von Japan, USA, Canada, Australien und Neuseeland opponieren heftig gegen ein rechtsverbindliches Regime. Entsprechend stehen Fragen des Vorteilsausgleichs eher am Rande.

Ein Regime wird unverbindlicher sein als ein völkerrechtlich verbindliches Protokoll. Die Verhandlungen zu einem Regime, das bis zum Jahr 2010 entwickelt sein soll (die Megadiversitäts-Länder drängen auf 2008), werden daher besonders hart geführt werden bei Fragen des verbindlichen oder freiwilligen Charakters der Bestimmungen, der Konkretisierung der Bestimmungen für Zugang (soll der Zugang etwa „erleichtert“ oder „reguliert“ werden) und Vorteilsausgleich. Auch die Frage der Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften wie von nicht-staatlichen Akteuren insgesamt wurde in Curitiba durchaus spannungsgeladen diskutiert (Secretariat of the CBD 2006b: 35). Ein entscheidender Punkt wird bei den geistigen Eigentumsrechten sein, welche konkrete Ausgestaltung im Rahmen der ABS-Abkommen ein Herkunftszertifikat (*disclosure of origin*) haben soll. Zudem werden insgesamt bilaterale Verhandlungen entscheidend bleiben, was tendenziell die mächtigen Akteure weiter stärkt. Die Unverbindlichkeit wird das Regime gegenüber der WTO und dem TRIPS-Abkommen (*Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights*) schwächen (siehe unten). Die oben genannte Einbeziehung der vor 1993 angeeigneten genetischen Ressourcen, die bereits in nördlichen Ländern sind und für die nie ein Vorteilsausgleich gewährt wurde, spielt keine Rolle. Der auf der COP 8 in Curitiba angenommene Entwurf ist voller Klammern, von denen einige wirklichen Dissens anzeigen, andere aber eher diplomatische Verhandlungsjettons sind (Secretariat of the CBD 2006b: 129ff.; eine kritische Einschätzung bei Frein/Meyer 2006)

b) Schutz der biologischen Vielfalt und Einführung von gentechnisch verändertem Saatgut

Immer wieder wird angemahnt, dass angesichts der starken Orientierung an ABS das erste Ziel der CBD aus dem Blick gerät: nämlich der Schutz der biologischen Vielfalt, d.h. der vererbaren Eigenschaften, der Arten und der Ökosysteme. Ob-

wohl der Schutz der Wälder, Meere oder – wie auf der COP 8 – die biologische Vielfalt von Inseln und Trockengebieten auf den Agenden der COPs stand, entwickelt sich hier wenig politische Dynamik. Natürlich sollte dieses komplexe Feld nicht aus den Augen verloren werden und insbesondere die großen internationalen Naturschutz-NGOs oder die internationale Netzwerk-Organisation IUCN weisen immer wieder darauf hin. Denn das Problem liegt auf der Hand: Unterschiedliche Nutzungsinteressen wie Holzeinschlag oder -plantagen, Infrastrukturprojekte, Siedlungsbau, großflächige Monokulturen für Soja, Zuckerrohr oder Ölpalmen, Viehwirtschaft oder Shrimpszucht oder Erdöl/Erdgasförderung stehen dem Erhalt der biologischen Vielfalt an vielen Stellen entgegen.

Gleichwohl sind Schutzaspekte nicht losgelöst von jenen der Nutzung der biologischen Vielfalt selbst. Denn dazu gehört die Bestandsaufnahme in einem bestimmten Territorium. Doch dieses Wissen lässt sich durchaus für kommerzielle Zwecke nutzen. In den letzten Jahren lässt sich eine Tendenz beobachten, dass insbesondere große Naturschutz-NGOs wie *Conservation International* oder *The Nature Conservancy* die Ausweisung von Schutzgebieten fördern und dort von der lokalen Bevölkerung Bioprospektierung festgestellt wird, die nicht den Regeln der CBD entspricht. Diese Strategien, die teilweise mit Vertreibungen einher gehen, passen sich gut in die großen Entwicklungsvorhaben in biodiversitätsreichen Ländern ein wie etwa in den Mesoamerikanischen Biologischen Korridor (CBM). Denn die – zusammen mit der Weltbank – von Naturschutz-NGOs finanziell geförderten und verwalteten Schutzgebiete bieten ein potentielles Feld für Bioprospektierungen (Declaración Foro Mesoamericano 2002; vgl. auch Brand/Görg/Hirsch/Wissen 2008, 5. Kapitel).

Ein weiterer Aspekt des Schutzes bzw. der Bedrohung der biologischen Vielfalt ist in den letzten Jahren immer wichtiger geworden: Die Einführung von gentechnisch verändertem Saatgut. Hier waren unmittelbar vor der COP der CBD in Curitiba beim 3. Treffen der Vertragsstaaten des Biosafety-Protokolls (COP-MOP 3) wie auch bei der COP der CBD selbst Konflikte zu erwarten. Es ging insbesondere um die Kennzeichnungspflicht der gentechnisch veränderten Agrarprodukte, die von der Industrie verhindert werden sollte. Hier wurde ein Kompromiss dahingehend gefunden, dass ab dem Jahr 2012 die Organismen für Nahrungs-, Futter- und Weiterverarbeitungszwecke eindeutig ausgewiesen werden müssen (Fatheuer/Petry 2006). Konflikte betrafen auch die versuchte Legalisierung von nicht-vermehrungsfähigem Saatgut (*genetic use restriction technologies*; GURTS), auf die es seit 1999 ein de facto-Moratorium gibt. Denn es wurde im Vorfeld von COP 8 seitens der neuseeländischen und australischen Regierung – und im Hintergrund die US-Regierung und interessierte Konzerne wie Monsanto – versucht, das Moratorium zu lockern und ein „case-by-case risk assessment and field testing“ einzuführen (ENB, Vol. 9, 363: 21f.; Blessin 2006; ETC Group 2006). Doch durch scharfen Protest und die Einsicht vieler Regierungen wurde das in Curitiba verhindert. Die enorme Ausweitung des Anbaus von gentechnisch

verändertem Saatgut entspricht mächtigen ökonomischen Interessen. Gleichwohl bleibt sie unverantwortlich gegenüber der Gesundheit von Menschen und gegenüber nicht-gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren. Zwei neuere Studien von wichtigen Institutionen in den USA zeigen, dass das Vorsichtsprinzip keine angemessene Bedeutung hat und ein unverantwortliches Großexperiment mit Menschen und Natur stattfindet (Institute of Medicine and National Research Council of the National Academies 2004 zu Fragen von Ernährung und Gesundheit und National Research Council of the National Academies 2004 zur Frage der Schädigung anderer Pflanzen durch GMO).

c) Die Funktionalisierung indigener Völker und bäuerlicher Gemeinschaften

Im Gegensatz zu anderen internationalen Foren ist von der CBD in Artikel 8(j) die Bedeutung indigenen Wissens und indigener Völker anerkannt, ihre Beteiligung an politischen Prozessen erwünscht und sie sollen am Vorteilsausgleich beteiligt werden (einen ähnlichen Status haben im seit 2004 geltenden sog. Saatgut-Vertrag ITPGR der FAO die sog. *Farmers' Rights*).

Überlagert wird diese Aufwertung jedoch vom Prinzip der nationalen Souveränität, welches den nationalen Regierungen – und nicht den lokalen Bevölkerungsgruppen – das Verfügungsrecht über biologische Vielfalt zugesteht. Die immer wieder als notwendig erachtete „Beteiligung“ indigener Völker und bäuerlicher Gemeinschaften (am internationalen Politikprozess, der nationalen Gesetzgebung und der Aushandlung von Prospektierungsabkommen) konstituiert keine einklagbaren Rechte (vgl. Abschnitt 7).

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die indigenen Völker in der internationalen Politik tendenziell funktionalisiert werden: Sie werden auf eine Rolle reduziert, biologische Vielfalt und das Wissen im Umgang damit zu erhalten (so steht es auch explizit in Artikel 8(j) der CBD). Teilweise soll ihr Wissen im Umgang mit biologischer Vielfalt Hinweise für erfolgreiche Bioprospektierung geben. Als eigenständige Akteure haben sie kaum weitergehende Rechte, denn die jeweiligen Regierungen beanspruchen, diese Völker zu repräsentieren. Rechte werden ihnen gegenüber nicht verbindlich zugesprochen, sondern es besteht für Regierungen und andere Akteure viel Spielraum durch Freiwilligkeit. Die Tatsache, dass die Rechte indigener Völker und bäuerlicher Gemeinschaften – wie auch die *Farmers' Rights* der FAO – der nationalen Legislation überlassen wird, schwächt sie tendenziell.

Die Gefahr der Funktionalisierung wird insbesondere deutlich an den vielen Initiativen zum *capacity building*. Die CBD soll ihre Wirkung darüber entfalten, dass diverse Akteure hinsichtlich des Schutzes und der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt handlungsfähig gemacht werden. *Capacity building* heißt nicht nur, Leute auszubilden oder die CBD bekannt machen, sondern umfassend organisatorisch-institutionelle und Wissenskapazitäten zu entwickeln. Es ist jedoch nicht immer klar, zu welchem Zweck dieses betrieben wird. Es drängt sich der

Eindruck auf, dass capacity building in vielen Fällen die Bedingungen verbessern soll, um biologische Vielfalt zu kommerzialisieren.

Die rechtliche Stärkung jener Akteure, die in besonderem Maße auf biologische Vielfalt angewiesen sind, nämlich indigene Völker und bäuerliche Gemeinschaften, ist eine moralische und rechtliche Grundanforderung demokratischer Biodiversitätspolitik. Auf der COP 8 standen die Zeichen eher auf ihrer Schwächung.

d) Schwächen der Implementierung

Die Implementierung der im Rahmen der CBD vereinbarten Bestimmungen soll zum einen über die nationale Gesetzgebung und zum anderen über konkrete Zugangsabkommen (*access agreements*) erfolgen. Der ehemalige Exekutivsekretär der CBD betonte, dass nach der Entstehungsphase der CBD (bis 1992 zur Unterzeichnung in Rio und dem Inkrafttreten) in einer zweiten Phase die spezifischeren Rahmenbedingungen und Politiken innerhalb der CBD entwickelt werden sollten. In einer dritten Phase ab etwa 2002 sollte die Umsetzung im Zentrum stehen (Zedan 2005: 2ff.).

Deshalb wurde hinsichtlich der Implementierung im Jahr 2002 auf der COP 6 ein Strategischer Plan verabschiedet (Decision VI/26) bzw. zwei Jahre später eine Ad Hoc Open-ended Working Group on the Review of Implementation of the Convention eingerichtet (Decision VII/30), die sich im September 2005 erstmals in Montreal traf. Die nationalen Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne sollen auf der COP 9 im Jahr 2008 detailliert diskutiert werden.

Als übergreifende Orientierung dient das ebenfalls in Decision VI/26 formulierte „2010 Biodiversity Target“. Bis zu besagtem Jahr soll es zu einer signifikanten Reduktion der Erosion biologischer Vielfalt als Beitrag zur Armutslinderung (*poverty alleviation*) kommen. Armutslinderung ist ein zentrales Millennium-Ziel der UNO, das damit von der CBD aufgegriffen wird.

Die Implementierung läuft indes schleppend. Biodiversitäts-ExpertInnen, die sich im Dezember 2006 in Potsdam trafen, „agreed that the Convention has reached a turning point, where after 15 years of work to provide guidance and tools for implementation the focus now needs to be on practical implementation and compliance.“ (Potsdam Recommendations 2006: 1) Innerhalb der CBD wird immer deutlicher, dass die nationale Implementierung eine der größten Schwächen internationaler Biodiversitätspolitik ist. Gleichwohl bleiben einige Probleme: Insbesondere der Abschluss von Zugangsabkommen stößt weiterhin auf Misstrauen bei Süd-Regierungen und der lokalen Bevölkerung. Es bleibt weiterhin unklar, was konkret unter den CBD-Bedingungen des Artikels 15 für Zugang, nämlich *mutually agreed terms* und *prior informed consent*, zu verstehen ist.² Darüber

2 Beim Zugang muss die vorherige informierte Zustimmung der „Geber“ eingeholt werden (*prior informed consent*; PIC; Art. 15.5) und der Zugang soll gegenseitig einvernehmlich erfolgen (*mutually agreed terms*; MAT; Art. 15.4). Dies gilt nicht nur für den Zugang zu genetischen Ressourcen, sondern für alle Formen des Zugangs. MAT und PIC sind relativ schwache Soll-Bestimmungen („shall be“); das heißt, die Regierungen sind angehalten, geeignete Maßnahmen zu treffen.

hinaus ist unklar, inwiefern eine staatliche Verpflichtung besteht, indigene und lokale Gemeinschaften an der Aushandlung solcher Zugangsverträge zu beteiligen. Umstritten ist weiterhin, wie verbindlich oder flexibel die konkreten Mechanismen sein sollen.

Die unzureichende Implementierung hängt teilweise mit der Politisierung bestimmter Themen zusammen. Ein Kernbereich der unzureichenden Implementierung betrifft die geistigen Eigentumsrechte, denn hier handelt es sich um einen zentralen Bestandteil des „globalen Konstitutionalismus“. In diesem Bereich bestehen ausgeprägte Kritik und Widerstand auf verschiedenen Ebenen gegen die aus Sicht von indigenen Völkern und bäuerlichen Gemeinschaften unrechtmäßige Aneignung von Wissen. Die Implementierung des WTO-TRIPS-Abkommens und seiner starken IPR-Bestimmungen im Sinne nördlicher Akteure ist spätestens seit der 3. WTO-Ministerkonferenz in Seattle umstritten.

In der CBD werden Fragen des geistigen Eigentums in Zusammenhang mit Zugang und Vorteilsausgleich sowie mit den Rechten indigener Völker thematisiert. Offen bleibt, ob einerseits die CBD ein Gegengewicht gegen das TRIPS-Abkommen (und zunehmend WIPO) schaffen kann und andere Formen geistigen Eigentums stärkt oder ob die CBD andererseits die TRIPS-Regelungen, insbesondere Patente, im Sinne der nördlichen Akteure akzeptieren muss.

Es spricht einiges dafür, dass die Schwäche bei der Implementierung mit einer systematischen Blindstelle der CBD zusammenhängt. Wichtige Akteure, insbesondere Regierungen der südlichen Länder, haben angesichts konkurrierender und finanziell einträglicher Nutzungsinteressen wenig Interesse an der Implementierung der CBD. Die Weltmarktausrichtung der nationalen Ökonomien spricht eher für eine Kommerzialisierung der natürlichen Ressourcen. Zudem bestehen in den Ländern zwischen einzelnen Ministerien erhebliche Spannungen hinsichtlich der nationalen Gesetzgebung (etwa zwischen einerseits Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerien und andererseits Umwelt- und Gesundheitsministerien) aufgrund sehr unterschiedlicher Orientierungen.

Dies wird sich erst ändern, wenn ökonomische und politische Prioritäten sich grundlegend ändern: Dazu ist aber eine Neuausrichtung der Weltwirtschaft weg von der in vielen Fällen naturzerstörenden Exportorientierung notwendig. Dies würde auf internationaler Ebene eine Abkehr vom Prinzip des unbedingten Freihandels bedeuten. Auf nationaler und lokaler Ebene würde dies eine Schwächung der ökonomischen und politischen Kräfte, die am naturzerstörenden Wirtschaftsmodell verdienen, implizieren.

Grundlage dafür ist eine Demokratisierung der Biodiversitätspolitik.

e) Zur fehlenden Kohärenz innerhalb der CBD und gegenüber anderen Konventionen

Seit Mitte der 1990er Jahre wird die Kohärenz zwischen den einzelnen Politiken innerhalb der CBD wie auch gegenüber anderen internationalen Instanzen – ins-

besondere dem WTO-TRIPS-Abkommen – angemahnt (vgl. etwa Raustiala/Victor 2004). Dies wurde auch auf der COP 8 in Curitiba bekräftigt: „The Convention is promoting cooperation between all relevant international instruments and processes to enhance policy coherence.” (Secretariat of the CBD 2006b: 233)

Die Herstellung politischer Kohärenz gestaltet sich deshalb schwierig, weil die Widersprüche zwischen den einzelnen Politikfeldern wie Umwelt, Landwirtschaft oder Handelspolitik groß sind (Petit et al. 2000). Zudem verdichten sich in den einzelnen Abkommen und Organisationen wie CBD, FAO, WIPO und WTO unterschiedliche Interessen und Kräftekonstellationen. Diese lassen sich nicht ohne weiteres durch größere Kohärenz beseitigen.

Die größten Probleme erzeugt das Verhältnis zwischen CBD und WTO (vgl. auch LePrestre 2002). Das Ungleichgewicht zeigt sich bei den jahrelangen Auseinandersetzungen, ob die CBD einen Beobachterstatus bei der WTO und beim TRIPS Council erhält. Mindestens in vier Bereichen zeigt sich die Dominanz der WTO.

1) Das parallel zur CBD verhandelte TRIPS-Abkommen hat wesentlich stärkere Bestimmungen hinsichtlich der geistigen Eigentumsrechte. Es fordert, dass alle Mitgliedsländer, vorbehaltlich einiger Übergangsfristen für Entwicklungsländer, einheitliche Mindeststandards zum Schutz des geistigen Eigentums national erlassen müssen. Artikel 27 des TRIPS-Abkommens legt fest, was alles patentiert werden kann, wobei der Art. 27.3(b) es den Staaten erlaubt, Pflanzen und Tiere – außer den wichtigen Mikroorganismen – von der Patentierung auszunehmen, wenn statt dessen ein „effektives“ *sui generis*-System zum Schutz des geistigen Eigentums eingerichtet wird. „*Sui generis*“ bedeutet ein „eigenständiges“ System, das aber den grundlegenden TRIPS-Bestimmungen nicht widersprechen darf. Bislang bestand ein Problem darin, dass es keine Erfahrungen mit *sui generis*-Bestimmungen gab und daher beispielsweise im Bereich der Kulturpflanzen der Druck bestand, allein das internationale Sortenschutzabkommen (UPOV) als ein effektives *sui-generis*-System zu akzeptieren.

In der Erklärung der 4. WTO-Ministerkonferenz hinsichtlich einer notwendigen „Entwicklungs-Runde“ gab es noch relativ CBD-nahe Formulierungen in Fragen geistigen Eigentums. Patente sollten nicht gegen die Bestimmungen der CBD vergeben werden (Paragraph 12 Doha Declaration). Die Erklärung von Doha forderte auch einen stärkeren Informationsaustausch der WTO mit den multilateralen Umweltabkommen. Dies war jedoch eher dem Legitimationsdruck nach der gescheiterten 3. WTO-Konferenz von Seattle geschuldet. Die WTO wird dessen ungeachtet auch weiterhin auf die nationalen und regionalen ABS-Legislationen – wie etwa das Modellgesetz der Organisation Afrikanischer Staaten, das Rahmenabkommen der ASEAN oder die Entscheidung 391 des Anden-Paktes – Druck ausüben.

2) Die WTO fördert ein am Weltmarkt ausgerichtetes, industrialisiertes und auf chemische Inputs angewiesenes Agrarexportmodell, das ökonomischen Profit

über Naturschutz und den Erhalt biologischer Vielfalt stellt. Die lokal verankerte und ökologisch nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft wird in vielen Fällen von internationalen Konzernen niederkonkurriert. Diese Ausrichtung wird durch die Verhandlung der sog. *Singapore Issues* noch verschärft. Die Singapore Issues wurden auf der ersten Ministerkonferenz der WTO im Dezember 1996 in Singapur festgelegt. Es sind Verhandlungen zu den Gebieten Investitionssicherheit, Wettbewerbspolitiken, Transparenz der Regierungspolitik und Handelserleichterungen. Die Nord-Regierungen wollen diese Gebiete rasch verhandeln, viele Südregierungen lehnen das ab.

3) Ein weiteres Problem der WTO-Dominanz neben geistigen Eigentumsrechten und Landwirtschaftsfragen besteht im Bereich von *biosafety*. Die eindeutige WTO-Orientierung an der Handelsliberalisierung auch im Agrarsektor kann gegen die Bestimmungen verwendet werden, insbesondere gegen das Prinzip der Vorsicht (*precautionary approach*) in Artikel 1 und 24 des Biosafety-Protokolls, das von der WTO nicht anerkannt wird.

4) Zu einer vierten Gefahr, nämlich des Einflusses des GATS-Abkommens (*General Agreement on Trade in Services*) auf die Biodiversitätspolitik vgl. Abschnitt 6).

Insgesamt ist die Verhandlungsdynamik der WTO dadurch gekennzeichnet, dass sie für alle Bereiche die Zuständigkeit erhalten will und sie den rechtlichen Regeln des Freihandelsregimes unterwerfen will. So könnten Wälder und genetische Güter oder andere denkbare „Umweltgüter“ (*environmental goods*) etwa im Rahmen der Verhandlung von „non-agricultural products“ unter die WTO-Agenda fallen. Mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank hat die WTO in Streitfragen mit Entwicklungsländern mächtige Verbündete (vgl. Oxfam 2005). Insofern ist eine jüngere Rede von WTO-Generalsekretär Pascal Lamy, dass es zwischen WTO und den internationalen Umweltabkommen wie der CBD um „gegenseitige Unterstützung“ (*mutual supportiveness*) gehe, nicht unproblematisch. Dies sei im Bereich der geistigen Eigentumsrechte (zwischen CBD und TRIPS-Abkommen) wichtig. Gleichzeitig nehme sich die WTO derzeit Fragen des Zugangs zu genetischen Ressourcen, Vorteilsausgleich und von vorheriger und informierter Zustimmung (*prior informed consent*; WTO-News vom 30. Mai 2006) vor. Der Anspruch der CBD, „setting the global biodiversity agenda“ (in Curitiba nochmals bekräftigt Secretariat of the CBD 2006b: 233), wird tendenziell unterlaufen, zumal sich die WTO bislang gegenüber der CBD auf der Ebene der institutionellen Kooperation äußerst zurückhaltend verhält.

Doch Forderung nach Kohärenz kann in diesem Kontext zum Problem werden: Die CBD wird als im Vergleich zur WTO relativ schwache Konvention in der strikten Ausrichtung an Kohärenz tendenziell verlieren, d.h. die Bestimmungen stärkerer Konventionen werden sich durchsetzen. Schon heute sind die Rechte der „indigenen und lokalen Gemeinschaften“ (CBD) sowie die „Farmers' Rights“ (FAO) deutlich schwächer. Die Kräfteverhältnisse innerhalb der CBD sind so,

dass die CBD als ein starkes Gegengewicht zur WTO nicht gewünscht ist. Dies äußerte sich etwa auf der letzten COP in Kuala Lumpur 2004, als der Bericht über die Auswirkungen der Handelsliberalisierung auf den Agrarsektor lediglich zu der Entscheidung führte, die COP „requests further gathering and incorporation of data on this matter from all countries.“ (Decision VII/3, 6) Diese Wirkungslosigkeit ist ganz im Interesse der nördlichen Regierungen. Um die Frage der Kohärenz wie auch der Effektivität internationaler Biodiversitätspolitik angemessen zu behandeln, muss ein anderer Sachverhalt systematisch berücksichtigt werden: Es sind politische und gesellschaftliche Prozesse für den potentiellen Erfolg der CBD (mit-)verantwortlich, die gar nicht auf ihrer Agenda stehen. Allen voran Fragen der politischen und ökonomischen Strukturanpassungen und des Freihandels. Hier mit klugen Politiken ein systematisches Gegengewicht zu schaffen sowie staatliche und nicht-staatliche Kräfte in den jeweiligen Ländern zu unterstützen, die den Zielen der CBD verpflichtet sind, ist eine Grundaufgabe internationaler Biodiversitätspolitik. Dabei möglichst viele der bislang schwachen Interessen zu berücksichtigen, kann bei der Erfüllung der Aufgabe nur förderlich sein.

f) Forum-shifting

Die fehlende Kohärenz geht mit einem anderen Sachverhalt einher, der zu politischen Problemen und Spannungen führt. Internationale Politik findet nicht nur auf jeweils einem Terrain statt, sondern durchaus auf unterschiedlichen: Geistige Eigentumsrechte im Bereich genetischer Güter werden innerhalb der WTO, der WIPO, der FAO und der CBD verhandelt. Auch gibt es neben den multilateralen Abkommen regionale und bilaterale, in denen ähnliche Fragen verhandelt werden.

Es besteht die Tendenz, dass stärkere Akteure, wie etwa Biotechnologiefirmen und die sie vertretenden politischen Kräfte, jene Terrains bevorzugen, auf denen sie ihre Interessen besser verfolgen können. Das ist nicht automatisch so, denn viele bilaterale Abkommen sind aufwendiger als ein umfassendes multilaterales. Aber tendenziell lässt sich das beobachten.

Der Sachverhalt wurde in den letzten Jahren insbesondere im Feld der IPR deutlich. Wenn bestimmte politische Terrains – wie etwa das TRIPS-Abkommen – politisiert werden und schwächere Akteure die Prozesse grundlegend infrage stellen, dann suchen sich die kritisierten Akteure ausweichende Terrains (Wissen 2003). Deutlich wird das an folgendem Sachverhalt: Spätestens seit der 3. WTO-Ministerratstagung im November 1999 in Seattle wurde die wachsende Kritik am TRIPS-Abkommen deutlich. Viele Entwicklungsländer hatten das Abkommen trotz der ablaufenden Frist nicht implementiert. Seither wird systematisch die WIPO durch einige nördliche Regierungen – und in Kooperation mit manchen südlichen – aufgewertet. Allerdings ist auch denkbar, dass die nördlichen Regierungen stärker auf den 1999 begonnenen TRIPS-Revisionsprozess setzen, wobei letzterer weiterhin offen ist. Zu beobachten ist in den letzten Jahren eine zunehmende Bedeutung der bilateralen Freihandels- und Investitionsabkommen. Auch

dort sind Themen wie geistige Eigentumsrechte oder der Zugang zu biologischen Ressourcen Bestandteil.

Stärkere Akteure halten sich also mittels *forum-shifting* die Möglichkeit offen, ihre Interessen gegebenenfalls auf anderen politischen Terrains, die ihnen vorteilhafter erscheinen, zu verfolgen (zum Begriff *forum-shifting* vgl. Braithwaite/Drahos 2000, 24. Kapitel). Die Strategie des *forum-shifting* ist allerdings nicht unproblematisch. Denn damit kann der Kompromisscharakter einer Organisation oder eines Abkommens, das die schwächeren Akteure einbindet, verloren gehen.

Eine Anforderung an demokratische Biodiversitätspolitik besteht darin, die Möglichkeiten des *forum-shifting* für stärkere Akteure zu erschweren und auf die Einhaltung jener getroffenen Regelungen zu pochen, in denen auch die Interessen schwächerer Akteure berücksichtigt werden.

g) Strukturelle Machtungleichgewichte bleiben erhalten

Die genannten Probleme liegen – bei allen Unterschieden im Einzelnen – insbesondere darin begründet, dass im Rahmen der CBD wie auch im gesamten politischen, ökonomischen und kulturellen Feld des Schutzes und der Aneignung biologischer Vielfalt enorme Machtungleichgewichte bestehen. Machtverhältnisse stellen sich in der Biodiversitätspolitik vielfältig her.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass mächtige Akteure wie die nördlichen Regierungen sowie „ihre“ Forschungsinstitute und Unternehmen in den Verhandlungen ihre Interessen eher durchsetzen. Trotz des Kompromisscharakters der CBD ist diese Tendenz unübersehbar.

Ungleiche Machtverhältnisse drücken sich in der internationalen Politik zuvorderst darin aus, bestimmte Positionen in Dokumenten und Entscheidungen durchzusetzen. Die *verschiedenen Regierungen* haben unterschiedliche Ressourcen und verfügen asymmetrisch über Expertise. Beispielsweise hatte die USA bei der letzten WTO-Ministerkonferenz in Hongkong über 350 Delegierte, die sich zu den einzelnen Sachverhalten sehr gut auskennen. Viele Entwicklungsländer haben lediglich ein paar Delegierte, die bei den meisten Themen Generalisten bleiben.

Die CBD ist transparenter und rationaler organisiert als etwa die WTO, bei deren Verhandlungen Erpressungen, Verfahrensmissbrauch (Vorschläge der Entwicklungsländer werden immer wieder ignoriert), Kuhhandel und „Auktionsmentalität“ dominieren. (Selbst der neue WTO-Direktor Pascal Lamy bezeichnet die Organisation als „mittelalterlich“.) Dennoch zeigen sich in den konkreten Verhandlungen im Rahmen der CBD immer wieder direkte Machtgefälle.

Jüngere Entwicklungen deuten in zwei Richtungen. Zum einen nimmt die Aufmerksamkeit der biotechnologischen Industrie und ihrer Verbände für die CBD offenbar weiter zu, was auch mit den Strategien der CBD selbst und Verbänden wie etwa der IUCN zusammenhängt. Die International Finance Corporation Group, Mitglied der Weltbankgruppe, unterstreicht in ihrem Internet-basierten „Guide to Biodiversity for the Private Sector“ die wachsende Bedeutung von Biodiversität,

insbesondere in den ökonomisch dynamischen Schwellenländern (IFC 2006). Auch die OECD publizier-te 2004 ein "Handbook of Market Creation for Biodiversity" und die Internationale Handelskammer (ICC) richtete kürzlich eine Task Force zur CBD ein (cf. Secretariat of the CBD 2006b: 25). Die Idee besteht darin, private Firmen, die ja den Rahmen der CBD ausfüllen sollen, stärker in die Pflicht zu nehmen. Die Kritik lautet, dass die Firmen auch massiv auf die Regelsetzung in ihrem Sinne Einfluss nehmen. Deutlich wird dies bei der im Jahr 2005 von der US-amerikanischen biotechnologischen Industrie gegründeten American BioIndustry Alliance (ABIA; www.abialliance.com). Offenbar will sie die ABS-Verhandlungen beeinflussen im Sinne einer "full patentability of biotechnology inventions and the maintenance of the current minimum standards for the protection of intellectual property" (zitiert nach IP-Watch, No. 10/11, 2005/6: 5).

Auf der anderen Seite bestand ein Hauptkonflikt auf der Vertragsstaatenkonferenz in Curitiba darin, dass es zwar weiterhin eine beeindruckend breite Teilnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen gibt (wozu auch Unternehmensverbände zählen; vgl. die enorme Liste im Abschlussreport von Secretariat of the CBD 2006b: 5-10; die breite Teilnahme hing aber auch mit der starken Politisierung gegen gentechnisch verändertem Staatgut in Brasilien selbst zusammen, Fa-theuer/Petry 2006). Gleichzeitig sollten jedoch NGO-VertreterInnen aus den Verhandlungen draußen gehalten werden, bei denen es um die Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften an den ABS-Verhandlungen ging. Zudem soll in naher Zukunft die Art der Beteiligung von NGOs insgesamt am CBD-Prozess diskutiert werden (ENB, Vol. 9, 363: 23).

Doch die Machtungleichgewichte weisen über den Verhandlungsprozess selbst hinaus: Die nördlichen Länder verfügen zudem über Druckmittel wie Entwicklungshilfegelder oder einzufordernde Mittel aus der Auslandsverschuldung. Die finanziellen Ressourcen liegen in den nördlichen Ländern. So ist etwa ein zentraler Finanzierungsmechanismus bei der *Global Environmental Facility* (GEF) und damit bei der Weltbank angesiedelt, die im Konfliktfall immer die Interessen ihrer Geldgeber, nämlich der nördlichen Regierungen vertritt.

Eine weitere Machtdimension liegt darin, dass sich die mächtigen Länder, allen voran die USA, nicht an die vereinbarten Regeln halten. So wurde die CBD bekanntlich nicht ratifiziert. An Schiedssprüche der WTO gegen die USA (wie im Fall der Baumwollsubventionen) hält sich die Regierung einfach nicht.

Die nördlichen Regierungen üben immer wieder Druck aus, um die Entstehung von „Süd-Koalitionen“ zu verhindern. Dies wurde etwa deutlich nach der WTO-Konferenz in Cancún Ende 2003, als nach der Konferenz auf Druck nördlicher Regierungen einige Regierungen aus der „Gruppe der 21“ wieder austraten.

Machtverhältnisse haben aber auch strukturelle Dimensionen: Die Regierungen der Länder, in denen biologische Vielfalt in situ reichhaltig vorkommt, stehen zudem in einer „Angebotskonkurrenz“ bei der Vermarktung des genetischen Reichtums gegenüber nördlichen Akteuren, d.h. Forschungsinstituten und Unterneh-

men. Sie versuchen, mit guten Bedingungen – insbesondere mit Rechtssicherheit – von den Bioprospektierungen Nutzen zu haben.

Dennoch gibt es mit der Bildung der Group of Like-Minded Megadiversity Countries in den Jahren 2000 und 2001 den Versuch, die Angebotskonkurrenz abzuschwächen und als eine Art Angebotskartell aufzutreten (vgl. etwa http://www.undp.org/biodiversity/events/Megadiverse_Meeting.html, der Link auf der Webseite der CBD ist gesperrt). Die Wirkung dieser Gruppe wird sich in den folgenden Jahren noch einstellen müssen.

Bei der WTO-Konferenz im Dezember 2005 in Hongkong wurde ein weiterer Aspekt deutlich: Brasilien und Indien sind nicht mehr Wortführer südlicher Länder und Interessen gegenüber dem Norden, sondern haben sich nicht gegen zentrale Forderungen der Freihandelsbefürworter gestellt (im Fall Brasilien, weil das Land selbst Agrarexporteur ist, im Falle Indien teilweise auch im Tausch, um in anderen Bereichen Forderungen durchzubekommen wie etwa beim TRIPS-Review-Verfahren). Es ist daher wenig sinnvoll, von einer allgemeinen Konfliktkonstellation zwischen nördlichen und südlichen Ländern auszugehen.

Ungleiche Verhältnisse bestehen sehr konkret angesichts der begrenzten Möglichkeiten zu überwachen, was mit den genetischen Gütern und dem damit verbundenen Wissen passiert, selbst wenn ein Zugangsabkommen existiert.

Auch *gesellschaftliche Akteure* wie Unternehmen, NGOs oder indigene Völker haben unterschiedliche Ressourcen und zudem ungleichen Zugang zu den Regierungen. Doch darüber hinaus bestehen strukturelle Machtungleichgewichte bereits hinsichtlich der Strukturierung des politischen Terrains CBD und der dort als wichtig erachteten Probleme. Die Struktur der CBD und die politische Dynamik privilegiert jene Akteure, die Interesse an der Inwertsetzung biologischer Vielfalt haben.

Im Agrarbereich führen etwa die Veränderungen der letzten Jahrzehnte zu einer Umverteilung von Macht zugunsten der Saatgutunternehmen und zu Ungunsten der lokalen BäuerInnen. Die enormen Machtungleichgewichte werden deutlich bei der Verwendung gentechnisch veränderten Saatguts, die in den letzten Jahren enorm zugenommen hat.

5. Ausblendungen des CBD-Prozesses

Innerhalb der CBD bzw. im Verhältnis zu anderen Foren gibt es nicht nur Spannungen und offene Konflikte. Die CBD ist auch dadurch gekennzeichnet, dass bestimmte Fragen gar keine Rolle spielen, obwohl sie die sozio-ökonomische und politische Dynamik entscheidend beeinflussen.

a) Kaum zu regulierende Technologieentwicklungen

Eine zentrale Dimension der Nutzung biologischer Vielfalt liegt in der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien begründet, insbesondere der Gentechnologie. Über diese Technologien verfügen zuvorderst in den nördlichen Ländern gelegene Unternehmen und Forschungsinstitute. Das Interesse vieler südlicher Akteure ist der Transfer dieser Technologien (Bestandteil der CBD in Artikel 16). In den 1990er Jahren gab es noch einige Versuche südlicher Regierungen, Fragen des Technologietransfers zu thematisieren. Das findet heute kaum mehr statt.

Doch das Problem scheint tiefer zu liegen. In den vergangenen Jahren hat sich etwa sehr schnell die Nanotechnologie entwickelt, deren Auswirkungen auf den Bereich der Biodiversitätspolitik noch unabsehbar sind. Die politische Dynamik wird ganz entschieden von den wissenschaftlich-technologischen „Transformationskernen“ der Forschungsinstitute und Unternehmen bestimmt, d.h. von den hochtechnologischen Forschungen und Entwicklungen im Agrar-, Pharma- und Kosmetikbereich, deren Geheimhaltung bis zu Patentierung oder Sicherung des Sortenschutzes ein zentraler Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen ist. Sie sind jedoch auf der anderen Seite kaum öffentlich und politischen Diskussionen zugänglich. Verhandelt werden lediglich die Folgen (Becker/Wehling 1993).

Vor diesem Hintergrund scheint das Bewusstsein zu wachsen, dass die CBD den neuen Technologieentwicklungen hinterherhinkt und die verabredeten Regulierungen ineffektiv bleiben (vgl. etwa IUCN 2006b: 3). Das angestrebte ABS-Regime sollte dies angemessen berücksichtigen.

b) Biopiraterie und zunehmende Militarisierung der Naturaneignung

In den letzten Jahren kommt es zu einer zunehmenden Militarisierung der Naturaneignung. Eine Militarisierung findet insbesondere in Regionen statt, in denen die Aneignung der Natur auf Widerstand bei der lokalen Bevölkerung stößt und die politisch-rechtliche Aneignung schwierig ist. Bei Ressourcen wie Erdöl ist das offensichtlich, aber auch hinsichtlich der Aneignung biologischer Vielfalt bzw. genetischer Güter nimmt das zu (Ceceña 2006).

Es geht um die Sicherung „strategischer Ressourcen“ für ökonomisch und politisch dominante Kräfte. Diese ist eingebettet in eine übergreifende Strategie, die von der US-Regierung insbesondere für Lateinamerika in den letzten Jahren ausgearbeitet wurde: Mexiko und Mittelamerika, das Amazonasbecken und der *Cono Sur* sollen kontrolliert werden. Neben der Kontrolle über natürliche Ressourcen geht es um Aufstandsbekämpfung und eine stärkere Präsenz von US-Militärs oder an ihnen orientierten Paramilitärs sowie um den Aufbau militärischer Infrastruktur, wobei der *Plan Colombia* und in den letzten Jahren Paraguay paradigmatisch sind (vgl. Ceceña/Motto 2005). Zusätzlich ist die Strategie von „Kriegen niedriger Intensität“ in einigen Ländern wichtig, die etwa mit Vertreibungen einhergeht (vgl. Pineda 2000 zu den Strategien des US-Militärs). Aber auch das Entwicklungsprojekt des *Plan Puebla Panama* hat geostrategisch-militärische Komponenten. Die Begründung liegt in der Herstellung „Kontinentaler Sicherheit“, insbesondere im „Kampf gegen den Terrorismus“ und angesichts einiger *failed states*, in denen externe Macht intervenieren muss (vgl. etwa Barnett 2003). Unter dem Begriff der „ökologischen Sicherheit“ werden Regionen und die dort lebende Bevölkerung teilweise mit Satelliten und militärisch überwacht, die Migration der lokalen Bevölkerung soll verhindert werden, um angeblich die biologische Vielfalt zu schützen. Vielfach geht es jedoch darum, Protest an Bioprospektion zu verhindern (Acselrad 2002). Ähnliche Szenarien sind aber auch für Länder außerhalb Lateinamerikas denkbar bzw. finden statt. Beispielsweise wird derzeit im Irak der Saatgutsektor stark an den Interessen US-amerikanischer Unternehmen ausgerichtet.

Diese zunehmende Militarisierung der Naturaneignung spielt in den Diskussionen im Rahmen der CBD keine Rolle. Es wird so getan, als wenn alle Akteure den Verhandlungsergebnissen und der anschließenden Implementierung zustimmen würden.

Das gilt auch für den Sachverhalt, dass die Aneignung biologischer Vielfalt vielfach ungeregelt verläuft. Im Falle der illegalen oder von der lokalen Bevölkerung als illegitim betrachtete Aneignung wird häufig von „Biopiraterie“ gesprochen (vgl. den jüngsten Überblick von GRAIN 2005 und BUKO 2005 sowie den informativen Eintrag bei www.de.wikipedia.org). Damit soll der historische und aktuelle Prozess der als illegitim betrachteten Aneignung von biologischer Vielfalt und insbesondere ihrer vererbaren Eigenschaften sowie die Aneignung des damit verbundenen Wissens kritisiert werden. Dies wird aus der Perspektive kritischer NGOs oder lokaler Akteure auch nicht durch die formale Zustimmung staatlicher Stellen legitimiert, da die indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften nicht am Prozess beteiligt waren und sind, in dem der rechtliche Rahmen entwickelt wird.

c) Ausblendung asymmetrischer Geschlechterverhältnisse

Bislang spielen geschlechtsspezifische Unterschiede in den meisten Politiken hinsichtlich der Nutzung und dem Schutz biologischer Vielfalt kaum eine Rolle (vgl.

FAO 2006, BUKO-Kampagne 2005: 117-124, GTZ 2002, die Fallstudien in Howard 2003; feministische Perspektiven auf Nachhaltigkeit vgl. Biesecker/Hofmeister 2007). Die hauptsächliche Konfliktlinie ist die zwischen „Geber“- und „Nehmer“-Staaten bzw. deren Regierungen. Dabei betreffen verschiedene Nutzungsformen – trotz aller Differenzen im Einzelnen – Männer und Frauen unterschiedlich. Frauen sind in den einzelnen Gesellschaften jeweils anders in die gesellschaftliche Arbeitsteilung eingebunden als Männer. Das betrifft auch den Umgang mit Ernährung, Gesundheit und andere Dimensionen, bei denen die natürlichen Lebensgrundlagen und biologische Vielfalt eine Rolle spielen. Frauen und Männer sind daher unterschiedlich von der Erosion biologischer Vielfalt betroffen, aber etwa auch von der Einführung neuer Technologien. Die Rolle der Frauen im Umgang mit biologischer Vielfalt wird in der Regel weniger anerkannt, zudem sind sie stärker von den genannten Formen der Militarisierung betroffen als Männer.

Frauen und Männer sind jedoch nicht nur in ihren Lebensverhältnissen unterschiedlich betroffen, sondern auch in den politischen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten. Männer sind in der Regel stärker politisch repräsentiert und eher Teil von Entwicklungsprojekten. Der CBD-Mechanismus des *benefit-sharing* wird Frauen und Männer sehr unterschiedlich betreffen.

Nach etwa vierzehn Jahren Existenz der CBD ist es ein großes Versäumnis, dass es so gut wie kein Bewusstsein von den geschlechterspezifischen Dimensionen der Erosion und Nutzung biologischer wie auch politischer Handlungsmöglichkeiten gibt. Die Anerkennung der Rolle der Frauen in der Präambel der CBD – sie betont die “vital role ... in the conservation and sustainable use of biological diversity” und unterstreicht “the need for the full participation of women at all levels of policy-making and implementation for biodiversity conservation” – spiegelt sich nicht im politischen Prozess. Dies betrifft nicht nur die staatlichen Akteure, sondern auch NGOs und Bewegungen. Hilfreich wäre es in einem ersten Schritt, das bestehende Wissen und die politischen Forderungen zusammenzutragen und zu diskutieren, um überhaupt die geschlechterpolitischen Dimensionen zu erfassen. Dazu gibt es vereinzelte Versuche, die jedoch bislang zu schwach bleiben und die dominanten, „harten“ politisch-ökonomischen Prozesse nicht beeinflussen.

6. Die Bedeutung des Millennium Ecosystem Assessment

Das Millennium Ecosystem Assessment (MA) wurde im Jahr 2001 initiiert und von der UNEP koordiniert mit dem Ziel, die wissenschaftliche Basis für das umweltpolitische Handeln von Entscheidungsträgern zu erweitern ([www. MA-web.org](http://www.MA-web.org)). Im Jahr 2005 wurde der Bericht, an dem über 1360 WissenschaftlerInnen aus 95 Ländern mitarbeiteten, vorgelegt.

Das MA ist auf Bedeutung von Ökosystemdienstleistungen (ecosystem services) für das umfassende menschliche Wohlbefinden ausgerichtet. Es zeigt auf, dass diese Ökosystemdienstleistungen in ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung oftmals unterschätzt werden und dass sie aufgrund von direkten und indirekten Einflussfaktoren („drivers of change“) einem rapiden und z.T. Besorgnis erregenden (und z.T. auch abrupten, unvorhersehbaren) Wandel ausgesetzt sind. Zu den wichtigsten direkten Einflussfaktoren zählt das MA den Klimawandel, Habitatwandel und Übernutzung, sowie indirekte Faktoren wie demographischer, sozio-politischer und ökonomischer Wandel, Wissenschaft und Technologie sowie Kultur und Religion. Der Begriff stellt ins Zentrum, dass die natürlichen Lebensgrundlagen entscheidend sind für alle gesellschaftlichen Prozesse. Natur erbringt eine Dienstleistung für die Gesellschaft und muss daher als solche wertgeschätzt werden. Für den Bereich der Biodiversität ist neben dem Hauptbereich der Synthesis Report zu Biodiversität wichtig, der auf der 10. und 11. Sitzung von SBATTA präsentiert und diskutiert wurde (daneben gibt es Synthesen zum Allgemeinen Überblick, Wüstenbildung, Feuchtgebiete, Business, Gesundheit). Auf SBSTTA 11 wurden Empfehlungen für die COP 8 erarbeitet (UNEP/CBD/COP/8/3: 16-17), die zur Kenntnis genommen wurden. Die Ergebnisse sollen, auf freiwilliger Basis, in nationale Strategien eingehen und zudem sollen nun verstärkt regionale Assessments entstehen (Decision VI-II/9).

Aus Sicht der internationalen Biodiversitätspolitik sind einige Aspekte interessant, welche den CBD-Verhandlungen Impulse geben könnten: *Zum einen* wird mit dem Begriff der Ökosystemdienstleistungen ein Begriff ins Zentrum gestellt, der den Erhalt und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt fokussiert. Damit könnte, insbesondere in den nördlichen Ländern, das umweltpolitische Thema der biologischen Vielfalt einen höheren Stellenwert als bisher erlangen. Mit Hilfe dieses Ansatzes kann man aufzeigen, dass insbesondere die reicheren Länder von externalisierten Ökosystemdienstleistungen in anderen Weltregionen abhängen (etwa bei der Zellstoffproduktion für Papier aus Wäldern anderer Länder).

Zum zweiten wird Umweltpolitik auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen systematisch mit dem Begriff des menschlichen Wohlbefindens und Armutreduktion (human well-being and poverty reduction) verknüpft. Dieser Zusammenhang wird

in der (internationalen) Umweltpolitik häufig unterschätzt oder ausgeblendet. Dabei haben Begriffe wie Partizipation oder lokal verankertes Wissen eine große Bedeutung. Es ist auch von „Gewinnern“ und „Verlierern“ bestimmter Entwicklungen die Rede, womit Verteilungsaspekte angesprochen werden (vgl. auch IUCN 2006a).

Drittens wird anerkannt, dass die bisherigen sektoralen Umweltpolitiken (biologische Vielfalt, Klima, Wasser u.a.) zwar wichtig sind, aber Grenzen haben. Denn effektive Umweltpolitik kann nur betrieben werden, wenn die Interdependenzen zwischen den verschiedenen umweltpolitischen Bereichen verstanden und politisch berücksichtigt werden. Dazu bedürfte es integrierter Politiken und eines grundlegenden institutionellen Wandels, der aber gegenwärtig nicht im Gange ist (MASR 2005: 131).

Viertens werden als zentrale Mängel in der (internationalen) Umweltpolitik erachtet, dass auch sie bislang zu sektorial ausgerichtet war und die übergreifenden makropolitischen und -ökonomischen Entwicklungen unterschätzte (BSR 2005: 73). Insbesondere ökonomische und wirtschaftspolitische Dynamiken dominieren Umweltaufragen.

Die zentrale These des MA liegt darin, dass die UN-Millennium-Ziele nicht erreicht werden können, wenn die Ökosystemdienstleistungen sich weiterhin verschlechtern. Das MA schafft damit einen Ansatzpunkt, um eine demokratische Biodiversitätspolitik voranzutreiben. Denn mit dem Begriff der Ökosystemdienstleistung geraten Verteilungsaspekte auf die umweltpolitische Agenda und Umweltdimensionen könnten stärkere Berücksichtigung in der internationalen wirtschaftspolitischen Diskussion finden. Allerdings bleibt im MA eine dynamische Dimension weiterhin unterbelichtet. Es wird zwar die ökonomische Globalisierung als „indirekte“ Triebkraft des Verlustes an biologischer Vielfalt genannt. Aber die massiven Interessen an der Kommerzialisierung eben dieser Vielfalt, die für politische Entwicklungen entscheidend sind, werden nicht direkt thematisiert.

Zudem wird zwar, wie in vielen anderen Dokumenten, die Notwendigkeit breiter Partizipation betont. Der konzeptionell breite und demokratiepolitische interessante Handlungsbegriff, wie er zu Beginn der Studie verwendet wird, nämlich „freedom of choice and action“ (MASR 2005: vi), wird jedoch nicht weiter berücksichtigt. Dabei ist ein derart breites Verständnis ein geeigneter Ausgangspunkt für eine demokratische Biodiversitätspolitik.

Schließlich ist eine Gefahr nicht zu übersehen: Mit dem Begriff der Dienstleistungen (services) von Ökosystemen könnte auf mittlere Sicht ein Abkommen Zuständigkeit reklamieren, das bislang überhaupt nicht für diesen Bereich zuständig ist, aber eine klare Kommerzialisierungs- und Privatisierungsrichtig vertritt: Das WTO-Abkommen zu Dienstleistungen (GATS). Damit könnte, auch im Sinne eines *forum-shifting* der interessierten Kräfte die Privatisierung von Ökosystem-Dienstleistungen vorangetrieben werden. Auf diese Gefahr machte Friends of the Earth International (2002) bereits vor einigen Jahren aufmerksam. Und in der Tat kam vor einigen Jahren von der EU-Kommission und der Schweizerischen Regierung der Vorschlag, die „protection of biodiversity and landscape“ als Umweltservice in die GATS-Verhandlungen aufzunehmen.

7. Chancen demokratischer Biodiversitätspolitik

Festzuhalten bleibt: Es dominiert weiterhin die Orientierung an einer ökonomischen Verwertung biologischer Vielfalt, d.h. die starken Akteure finden sich darin zusammen, dass die Kommerzialisierung der biologischen Vielfalt und insbesondere der genetischen Güter für sie lohnenswert ist. Dies zeigt sich an der großen Bedeutung der Zugangs- und IPR-Politiken im Rahmen der CBD, denen Politiken zum Erhalt, Technologietransfer oder die Rechte indigener Völker und bäuerlicher Gemeinschaften deutlich nachgelagert sind. Vorteilsausgleich bleibt einer der größten Streitpunkte.

Welche Perspektiven einer demokratischen Biodiversitätspolitik bestehen vor diesem Hintergrund? Welche Rolle kann dabei die CBD spielen? Es wurden bei den spezifischen Problemen bereits Möglichkeiten genannt, um Biodiversitätspolitik demokratischer zu machen. In diesem letzten Abschnitt erfolgen einige weitere allgemeine Orientierungen, die mit den unterschiedlichen Akteuren genauer diskutiert werden müssen. Hier geht es darum, überhaupt zu einer solchen Diskussion anzuregen.

a) Demokratisierung von Wissenschaft und Technologieentwicklung

Es bedarf einer Demokratisierung der Wissenschaft und der Technologieentwicklung. Bislang ist Politik eher mit den *Folgen* der Entwicklungen in den „Transformationskernen“ befasst, insbesondere indem ein rechtlicher Rahmen zur Anwendung der Technologien bzw. des Umgangs mit Gefahren geschaffen werden soll. Die Entwicklungen des Biosafety-Protokolls im Rahmen der CBD sind hierfür ein Beispiel.

Wenn aber die Zukunft der Menschheit und insbesondere der schwächeren, d.h. „verwundbaren“ Bevölkerungsgruppen derart von technologischen Entwicklungen abhängt, dann müssen diese selbst Gegenstand öffentlicher und politischer Auseinandersetzungen sein. Auch eine jahrhundertealte Entwicklung wird gegenwärtig deutlich gestärkt, nämlich die Dominanz der westlichen Wissenschaften und die damit einhergehende Entwertung anderer Wissensformen (Lander 2006). Für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung biologischer Vielfalt muss dieses Dominanzverhältnis verändert werden. *Wie* das erfolgen kann, ist ein offener Prozess.

b) Praktiken und Verantwortliche der Biopiraterie öffentlich machen

Eigene Untersuchungen haben ergeben, dass die CBD über kein sehr hohes Ansehen bei indigenen Völkern und bäuerlichen Gemeinschaften verfügt (Brand et al. 2008). Denn die konkreten Erfahrungen vieler lokaler Akteure sind die von wei-

terhin illegaler und aus ihrer Sicht illegitimer Aneignung sowie Erfahrungen mit repressiven staatlichen Politiken (Burrows 2005, BUKO-Kampagne 2005). Das Prinzip der nationalen Souveränität stärkt die Regierungen und nicht das Selbstbestimmungsrecht lokaler Akteure. Dennoch wird sie von vielen schwächeren Akteuren immer noch als zugänglicher und möglicherweise besser ihre Interessen vertretend angesehen als etwa die WTO.

Gleichwohl müssten jene Akteure, denen wirklich etwas an einer demokratischen Biodiversitätspolitik liegt, wesentlich konfliktreicher gegenüber jenen Akteuren – insbesondere den Unternehmen – auftreten, die lediglich ihre partikularen Interessen verfolgen, diese aber als (welt-)gesellschaftliches Gesamtinteresse darzustellen versuchen. Auch die starken Naturschutz-NGOs sollten kritisiert werden, wenn sie unter der Hand zu illegaler Bioprospektierung und potentieller Kommerzialisierung beitragen. Trotz all der notwendigen Formen internationaler Diplomatie müssen die schwächeren bzw. kaum wahrgenommenen Anliegen stärker thematisiert werden. Das ist nicht zuletzt eine Frage von Macht und damit von Konflikten mit den herrschenden ökonomischen und politischen Akteuren. Doch diese sind Grundlage für ausgewogene Kompromisse, effektivere Politiken und letztendlich eine höhere Legitimität der CBD.

Dass Proteste nicht wirkungslos bleiben müssen, zeigt die Entscheidung des Europäischen Patentamts. Aufgrund internationaler Kritik wurde das Patent der US-Firma Grace am Samen des Neembaums aus dem ein Fungizid produziert wurde, zurückgenommen, da es sich nicht um eine Erfindung, sondern um ein Plagiat handelt. Der Firma RiceTec wurden einige Patente – wenngleich nicht alle – auf den vor allem in Indien angebauten Basmati-Reis abgesprochen. Es gibt weitere Beispiele.

c) Anliegen schwächerer Akteure sichtbar machen

Die Auseinandersetzungen innerhalb der CBD – und in anderen Foren – sind kein Konflikt zwischen nördlichen und südlichen Regierungen. Gleichwohl strukturieren die Interessen der „Geber“- und „Nehmer“-Länder die Dynamik.

Wichtig ist hier in Zukunft, welchen Gestaltungsraum südliche Regierungen für eine eigene Umwelt- und Wirtschaftspolitik haben. Die *Group of Like-Minded Megadiversity Countries* wird hier eine wichtige Rolle spielen. Allerdings besteht auch hier die Gefahr, dass in der Diskussion um die nationale Souveränität über Ressourcen und um Vorteilsausgleich die Interessen und Selbstbestimmungsrechte der indigenen Völker und der bäuerlichen Gemeinschaften nicht oder zu wenig berücksichtigt werden.

Es geht aber nicht nur um Regierungen bzw. die Vertragsstaaten. In der ganzen Welt stellt sich eine wachsende Zahl von sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen gegen die Kommerzialisierung der biologischen Vielfalt und die zunehmend repressiven Formen der Naturaneignung (etwa über Vertreibungen der lokalen Bevölkerung aus Naturschutzgebieten). Es wird immer klarer, dass die

dominanten Politiken auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene die Lebens- und Handlungsmöglichkeiten von vielen Menschen einschränken.

Die Kooperation von Regierungen im Rahmen der internationalen Biodiversitätspolitik wird als undemokratischer Prozess verstanden, die in der CBD festgeschriebene „nationale Souveränität“ über natürliche und damit auch genetische Güter wird kritisiert. Noch stärker werden die WTO und das TRIPS-Abkommen kritisiert.

Die natürlichen und sozialen Gemeingüter, so die sich verbreitende Perspektive, dürfen nicht privaten Gewinninteressen unterworfen werden. In vielen gesellschaftlichen Bereichen gibt es Kämpfe gegen Privatisierung und die seit 1999 vielen links-gerichteten Regierungen in Lateinamerika sind nicht zuletzt Ausdruck dieser Kämpfe. Lateinamerika wird zu einem strategischen Ort, an dem ausgefochten wird, welche Formen der Naturaneignung sich durchsetzen – nicht zum einzigen, denn in Indien, Malaysia oder den Philippinen gibt es ebenfalls intensive Konflikte um biologische Vielfalt.

Die Bewegungen suchen nach anderen Formen der politischen Institutionalisierung, um plurale Wissens- und Lebensformen abzusichern (zu deren Notwendigkeit vgl. etwa die Potsdam Recommendations 2006: 6). Ein zentraler Begriff, der in der CBD so gut wie keine Rolle spielt, ist jener der Menschenrechte. Innerhalb der Bewegung dominiert zudem eine Orientierung, dass gesellschaftliche Innovationen von den Bewegungen selbst kommen und nicht zuvorderst von Parteien, Staat und internationalen zwischenstaatlichen Abkommen und Organisationen. Dennoch ist es wichtig, die Innovationen rechtlich abzusichern.

Die CBD könnte diesen Prozessen und den Anliegen schwächerer Akteure mehr Raum geben. Damit verbunden ist der folgende Aspekt:

d) Nicht nur Partizipation von schwächeren Akteuren fördern, auch einklagbare Rechte

Einer der am häufigsten verwendeten Begriffe in den Texten und Diskussionen der CBD ist jener der Partizipation. Der Begriff scheint konsensual zu sein, d.h. auch die starken Akteure befürworten eine breite Partizipation aller betroffenen und im politischen Feld aktiven Gruppen. Die CBD müsste jedoch den Begriff der Partizipation über die formellen Politikprozesse hinaus weiter fassen. Dann geht es nicht nur um politische Partizipation, sondern um die konkreten Lebens- und Handlungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Gruppen. Diese sind heute hochgradig asymmetrisch und verschieben sich in vielen Regionen zu Ungunsten der lokalen Bevölkerung, die nicht auf andere Orte ausweichen kann wie etwa Forschungsinstitute oder Unternehmen (sog. exit-option).

Damit stellt sich die klassische Frage von Politik: Zu welchen Zwecken und in wessen Interesse gibt es spezifische politische Strukturen und Prozesse? Welche Akteure können sich daran wie beteiligen? Was sind Konstellationen von Kooperation, wo bestehen zentrale Konflikte? Wo sind die Entscheidungskompetenzen

verankert? Und im Fall der Biodiversitätspolitik: Wer verfügt über natürliche Gemeingüter? Wer verfügt über Informationen und Wissen?

Ein Ausgangspunkt demokratischer Biodiversitätspolitik liegt darin, dass die verschiedenen Akteure ihre partikularen Interessen offen legen. Denn oft verschwinden hinter den „allgemeinen Interessen“ am Erhalt und der nachhaltigen Nutzung biologischer Vielfalt die spezifischen Interessen – insbesondere jene der stärkeren Akteure wie nördliche Regierungen oder biotechnologische Unternehmen.

Damit einher geht ein weiterer Aspekt: Eine uralte Idee der Demokratie liegt darin, stärkere Interessen rechtlich zu binden und damit in ihrer Macht gegenüber schwächeren Interessen einzugrenzen. Im Zentrum einer demokratischen Biodiversitätspolitik steht diese klassische Idee der Demokratie: Nämlich die schrittweise Ausweitung von einklagbaren Rechten für schwächere Gesellschaftsmitglieder. Teilhaberechte bedeuten mehr als Partizipation, denn damit einher gehen Verfahren und Sanktionsmittel, um die Rechte einzuklagen und durchsetzen zu können.

Der in der internationalen Politik dominante Pluralismus ermöglicht zwar formal allen Akteuren die Beteiligung an internationalen Prozessen und Einflussnahme auf Regierungen und internationalen politischen Institutionen. De facto dominieren aber aufgrund der besseren materiellen und informationellen Ressourcenausstattung sowie größerer Machtmittel die stärkeren Akteure, d.h. nördliche Regierungen, gut ausgestattete Forschungsinstitute und große Unternehmen. Grundlage von Demokratie ist daher die bewusste Stärkung schwächerer und unterrepräsentierter Interessen. Eine solche Ausweitung von Rechten geht mit Konflikten einher, doch sie erhöht letztendlich die Effektivität und Legitimität politischer Prozesse.

Wenn Demokratie im Sinne der kollektiven, effektiven und legitimen Regelung gesellschaftlicher Probleme verstanden wird, dann gehen damit immer auch Machtfragen einher. Das Millennium Ecosystem Assessment bietet hier einige interessante Anknüpfungspunkte (vgl. Abschnitt 6).

Demokratische Biodiversitätspolitik findet nicht nur im Rahmen der CBD statt. Vielmehr ist und bleibt die nationalstaatliche Ebene, wie auch die lokale, zentral für die demokratische Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse. Aber sie werden von internationalen Entwicklungen wie den Interessen an biologischer Vielfalt, regionalen Entwicklungsprojekten, der WTO, den Strukturanpassungen u.a. geprägt.

Die CBD und die um die herum stattfindenden Prozesse spielen in doppelter Hinsicht eine wichtige Rolle: Die Konvention wirkt selbst orientierend im Hinblick auf die demokratisierenden Potenziale auf anderen Ebenen, etwa indem schwächeren Akteuren Rechte zugesprochen werden. Und sie kann demokratische Entwicklungen behindern, indem machtvolle, unnachhaltige und undemokratische Entwicklungen abgesichert oder gar vorangetrieben werden. Hier liegt die besondere Verantwortung für die staatlichen und nicht-staatlichen Akteure im Umfeld der CBD wie auch anderer zwischenstaatlicher Konventionen und Organisationen. Diese Verantwortung muss, gerade angesichts der dargestellten komplexen Konfliktlagen, berücksichtigt werden.

8. Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen

Die CBD gilt als relativ offen für zivilgesellschaftliche Akteure und ihre Interessen. Das wird besonders sichtbar auf den Vertragsstaatenkonferenzen und anderen Foren, wo der Zugang von Nicht-Regierungs-Organisationen meist problemlos gewährt wird. Andere politische Institutionen wie etwa die WTO sind wesentlich selektiver gegenüber progressiven Interessen.

Die stärksten zivilgesellschaftlichen Akteure sind die Pharma-, Agrar- und Kosmetikunternehmen und ihre Verbände, welche die CBD erst in den letzten Jahren als wichtiges politisches Terrain erkannt haben – insbesondere in Fragen des Zugangs und Vorteilsausgleichs. Sie beeinflussen vor allem die nördlichen Regierungen nicht erst auf den Konferenzen, sondern schon bei der Positionsfindung. Und sie verfügen über die finanziellen Ressourcen und das technologische Know-how, um überhaupt die Folgen bestimmter Praktiken abschätzen zu können – und damit den entsprechenden politischen Regulierungsbedarf. Eine jüngere Entwicklung ist die bereits erwähnte aktive Formierung und sehr offensive Einmischung der US-amerikanischen Biotechnologie-Firmen in den CBD-Prozess in Form der American BioIndustry Alliance unter Leitung von Susan Finston (2005).

Besonders ist die Parteinahme nördlicher Regierungen für „ihre“ Unternehmen in der JUSCANZ-Gruppe (Japan, USA, Kanada, Australien, Neuseeland), die ganz offen die Interessen der biotechnologischen Unternehmen und Forschungsinstitute vertreten. Insgesamt sind sie für wenig verbindliche Regeln bei Fragen indigener Rechte und Vorteilsausgleich und für starke Regeln bei den geistigen Eigentumsrechten und Zugangsmodalitäten. Die Unternehmen haben aber keine einheitliche Position. So sind die Schweizer Firma Novartis oder die norwegische Novo Nordisk durchaus zu klaren Regeln im Bereich Zugang und Vorteilsausgleich bereit und das spiegelt sich in den Positionen der jeweiligen Regierungen. Andere Unternehmen wie Monsanto sehen Regeln und ihre Umsetzung offenbar eher als hinderlich an (vgl. Brand et al. 2008).

In den Bereich ökonomisch orientierter zivilgesellschaftliche Akteure gehören auch Consulting-Firmen, die zwar weniger im internationalen Politikprozess präsent sind, aber in der Implementierung der Politiken und konkreten Projekte. Indirekt spielen sie mit ihrer fachlichen Expertise auch eine Rolle in den Politikprozessen.

Eine zweite wichtige zivilgesellschaftliche Gruppe sind die Naturschutz-NGOs. Dazu gehört die *International Union for the Conservation of Nature – The World Conservation Union* (IUCN) mit Sitz in Gland bei Genf mit großen internationalen Netzwerken, zu dessen Mitgliedern auch viele Regierungen und Re-

gierungsstellen zählen. Mit ihrem Umweltrechtszentrum in Bonn hat die IUCN eine der wichtigsten Denkfabriken und ist in der Lage, die komplizierten Sachverhalte der Verhandlungen genau zu erörtern. Zu den Naturschutz-NGOs im engeren Sinne zählen der *World Wide Fund for Nature* (WWF), *Conservation International* (CI) oder *The Nature Conservancy* (TNC), die im Bereich der Nicht-Regierungen und nicht-privatkapitalistischen Firmen das mit Abstand meiste Geld für Naturschutz zur Verfügung haben (insbesondere für konkrete Projekte). Der WWF hat sich in den letzten Jahren hin zu sozialen Fragen und lokalen Akteuren durchaus geöffnet. Bei CI und TNC dominiert immer noch ein Naturschutzverständnis, bei dem Menschen rein zerstörerisch auf Natur einwirken und daher aus den zu schützenden Gebieten fern gehalten werden sollten. Das führt in Gegenden, in denen die ländliche Bevölkerung nicht nur mit und von der Natur lebt, sondern sie im Agrarbereich ganz entscheidend gestaltet, zu massiven Konflikten. NGOs wie CI oder TNC, die zusammen mit dem WWF als „The Big Three“ der internationalen Umweltschutz-NGO-Szene bezeichnet werden, sind auch offiziell eng an internationale Konzerne angelehnt. CI hatte im Jahr 2005 über 92 Millionen US-Dollars an Geldern akquiriert und gab über 114 Millionen US-Dollars aus (CI 2006: 18-9). Die Liste der UnterstützerInnen liest sich wie ein Who is Who der internationalen Geschäftswelt, denn Sponsoren sind Monsanto, Coca-Cola, McDonald's, Intel Corporation, Ford Motor Company and Starbucks (CI 2006: 25-6, www.conservation.org, zu den Politiken der drei genannten NGOs in Mexiko vgl. Delgado 2004: 33-42). In einer breit diskutierten Kritik hat Mac Chapin im Rundbrief des *Worldwatch Institute* Ende 2004 ihnen vorgeworfen, dass die Naturschutz NGOs häufig gegen die Interessen der lokalen Bevölkerung agieren würden. CI wurde beispielsweise in Chiapas dafür kritisiert, dass sie mit dem Militär zusammenarbeiten, um die lokale Bevölkerung zu vertreiben und dass sie Bioprospektierung für transnationale Unternehmen betreibt (Chapin 2004: 29). In den internationalen Verhandlungen, in denen der WWF stärker präsent ist als TNI und CI (und IUCN ohnehin eine überragende Präsenz hat), arbeiten die Naturschutz-NGOs eng mit allen Regierungen zusammen, stellen ihr Wissen zur Verfügung und sind wenig konfliktbereit, d.h. sie beziehen selten politische Position. Inhaltlich ist auch das *World Resources Institute*, das eher als Denkfabrik, denn als Projekte durchführende NGO agiert, eng an die genannten NGOs angelehnt.

Die progressiven zivilgesellschaftlichen Akteure zeichnen sich dadurch aus, dass sie soziale und ökologische Fragen zusammenzubringen versuchen und tendenziell eher Positionen südlicher Regierungen oder der lokalen Bevölkerung in den biodiversitätsreichen Ländern vertreten (zur Rolle von NGOs in den Auseinandersetzungen um genetische Ressourcen und geistiges Eigentum vgl. Matthews 2006: 9f. und 21f.). Am prominentesten aus dem Bereich der agrarbiologischen Vielfalt sind die kleinen, aber sehr glaubwürdigen und effizienten NGOs *ETC Group* – ETC steht für die aus ihrer Sicht drei größten Probleme, nämlich Erosion, Technologie und (Unternehmens-)Konzentration – und *Genetic Resources Action*

International (GRAIN). ETC Group und GRAIN arbeiten eng mit dem BäuerInnen-Netzwerk *Vía Campesina* zusammen. Ähnliche Positionen vertritt die *Inter-mediate Technology Development Group* (ITDG). Das *Third World Network* (TWN) hat eine längere Geschichte in anderen entwicklungspolitischen Auseinandersetzungen, denn es ist eine prominente Denkfabrik v.a. zum ökonomischen Süd-Nord-Verhältnis mit Büros in mehreren Ländern, der eigenständige Forschung und Beratung betreibt sowie mehrere Zeitschriften und laufend Bücher publiziert. Das Biodiversitätsthema wird vom TWN insbesondere wegen den dort verhandelten Fragen geistiger Eigentumsrechte aufgegriffen. Deren Website gehört neben denen von ETC Group und GRAIN sicherlich zu den am meisten konsultierten auf der Suche nach kritischen Positionen. *Greenpeace* war im ersten Jahrzehnt der CBD kaum aktiv, nimmt jedoch zunehmend an den Auseinandersetzungen um Waldpolitik, Meeresbiologische Vielfalt und gentechnisch veränderte Pflanzen teil und spielt zunehmend eine Rolle in den CBD-Verhandlungen. Prominenter Vertreter der indigenen Völker ist auf NGO-Seite das *Indigenous Peoples Biodiversity Network* (IPNB), das eng mit anderen NGOs kooperiert. Allerdings wird gerade im Bereich der Interessenvertretung der indigenen Völker deutlich, dass viele Gruppen gar nicht präsent sind. Auf internationaler Ebene koordinieren sich die zivilgesellschaftlichen Gruppen in der CBD Alliance. Zentrales Moment der Arbeit ist die Vertretung gegenüber dem Sekretariat der CBD sowie die Vernetzung und Kommunikation über die eigene Mailingliste.

In Deutschland ist ein wichtiges progressives zivilgesellschaftliches Terrain das *Forum Umwelt & Entwicklung* mit Sitz in Bonn und die dortige Arbeitsgruppe Biologische Vielfalt (AG Biodiv). Das Forum bzw. die AG, in den wiederum verschiedene NGO-VertreterInnen mitarbeiten, sind seit vielen Jahren auf den internationalen Konferenzen präsent und werden in Bonn zweifellos eine wichtige Rolle spielen. Neben den genannten internationalen NGOs wie etwa der WWF oder Greenpeace, die auch in Deutschland agieren, sind zentral der Evangelische Entwicklungsdienst und Misereor und die unabhängige *Biopiraterie-Kampagne der BUKO* (Bundeskoordination Internationalismus) zu nennen. Der EED ist mit Studien, Öffentlichkeitsarbeit und der Verfolgung diverser Politikprozesse aktiv. Seit fünf Jahren wurde die BUKO-Kampagne zu einem wichtigen Akteur, der über Kampagnen und Bildungsarbeit das Thema Biopiraterie im weiteren Sinne in eine breite Öffentlichkeit trägt. Die *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* (AbL) hat ein hohes Renommee in Fragen der agrarbiologischen Vielfalt.

Zu nennen sind als wichtiges Kommunikationsmedium zwischen Regierungen und zivilgesellschaftlichen Gruppen sowie zwischen letzteren das Informationsblatt ECO und das *Earth Negotiation Bulletin* (ENB), die beide während den Konferenzen informieren. Das ENB hat dabei einen offizielleren Charakter.

Dieser knappe Überblick zeigt schon, dass es eine sehr plurale Zivilgesellschaft um die CBD herum gibt, was den Diskussionen sehr gut tut, da sich eben unterschiedliche Sichtweisen artikulieren. Eine zukünftig interessante Frage dürfte die

Position der progressiven Regierungen Lateinamerikas hinsichtlich der Frage indigener Rechte sein – allen voran der bolivianischen Regierung.

Die genannten NGOs entwickeln ihre politische Wirkung nicht zuletzt im Zusammenspiel mit anderen NGOs sowie mit WissenschaftlerInnen und VertreterInnen von Regierungen und internationalen Institutionen als Teil sog. Wissensgemeinschaften (*epistemic communities*), die in bestimmten Fragen zu einem gemeinsamen Problemverständnis beitragen und Vorschläge ausarbeiten.

Die Teilnahme zivilgesellschaftlicher Akteure an den Verhandlungen der CBD hat mehrere positive Konsequenzen. NGO können als schwache Akteure dazu beitragen, dass bestimmte Sichtweisen im Politikprozess Gehör finden und eventuell sogar in politisch-rechtliche Regulierungen eingehen. Die Regierungen können angesichts der komplexen Materie, der Unsicherheit und Ungewissheit der politischen Probleme und Prozesse auf das Wissen und die Erfahrungen vieler Organisationen zurückgreifen. Dies geschieht allerdings, kaum verwunderlich, nicht egalitär. Der „Einfluss“ von NGOs ist dann größer, wenn sich ihre Vorschläge relativ nah an den dominanten Problemwahrnehmungen sowie politischen Interessen und Vorschlägen bewegen. Inhaltliche Expertise und Informationen für angemessene Interventionen, Kooperationen und Kontakte zwischen NGO, Lobby- und Verhandlungsfähigkeiten, das sind die von den NGOs selbst als zentral erachteten Fähigkeiten (vgl. Matthews 2006).

Eine scheinbare politische Neutralität ist daher ein starker Selektionsmechanismus, der bestimmte Akteure und Themen in diesen Prozess integriert, andere dagegen ignoriert und zumindest ihre Chancen auf Artikulation schwächt.

Allerdings steht dem mindestens eine negative Konsequenz gegenüber, die von kritischen NGOs wie ETC Group immer wieder geäußert wird (vgl. etwa Ribeiro 2002): Denn die im Rahmen der CBD agierenden zivilgesellschaftlichen Gruppen lassen sich auf das politische Terrain ein und tragen so zu seiner Legitimität bei. Im Rahmen der CBD selbst ist Kritik an der grundlegenden Ausrichtung der internationalen Biodiversitätspolitik kaum möglich. Genau das aber erachten viele lokalen Gruppen und kritischen NGOs als notwendig. Diese Perspektive wird noch am ehesten von ETC Group, GRAIN und TWN geäußert.

9. Auf dem Weg zur COP 9 im Jahr 2008 in Deutschland

Der Vorbereitungsprozess für die COP 9 im Mai 2008 in Deutschland ist auf Regierungsseite längst angelaufen. Auch das Forum Umwelt & Entwicklung hat sich getroffen, um inhaltliche und organisatorische Strategien zu besprechen. Aus der wissenschaftlichen Halbdistanz zu den Prozessen und als ein Ergebnis der vorliegenden Studie wären folgende Aspekte für zivilgesellschaftliche Akteure wichtig (die nicht erschöpfend sind und in kollektiven Diskussionen weiterentwickelt und präzisiert werden müssen).

Erstens bietet eine Vertragsstaatenkonferenz immer eine gute Möglichkeit, im Vorfeld und während der Konferenz eine breite Öffentlichkeit zu schaffen und in dieser durchaus plural zu agieren. Es muss nicht die eine Position geben, durchaus aber Basiskonsepte in wichtigen Fragen, die auch kenntlich gemacht werden sollten. Am 22. Mai 2007 konstituiert sich etwa eine „Naturallianz“ mit VertreterInnen aus Politik, NGOs, Unternehmen, Medien, Wissenschaft und Kultur, aber es wird zweifellos auch andere öffentlichkeitswirksame Aktivitäten geben. Allerdings sollten progressive Akteure aufpassen, dass sie nicht zu sehr umarmt werden vom guten Willen der Firmen Bayer oder BASF. Denn dann könnten kritische Positionen schnell de-legitimiert werden.

In eine breitere Öffentlichkeit könnten auch die Erfahrungen in anderen Ländern im Umgang mit biologischer Vielfalt und mit deren versuchter Kommerzialisierung getragen werden. Dies ist umso wichtiger in einem Land wie Deutschland, in dem die Interessen der Pharma-, Agrar- und Kosmetikindustrie eine wichtige Rolle spielen.

Zweitens kann die Vertragsstaatenkonferenz dazu genutzt werden, dass sich verschiedene Akteure zu den Problemen und politischen Prozessen direkter verhalten. So gibt es etwa keine Stellungnahmen von den Berufsverbänden der BiologInnen zum Thema Zugang und Vorteilsausgleich. Auch die politischen Stiftungen mit ihren Kontakten in Länder des Globalen Südens sollten sich stärker zum Thema biologische Vielfalt und ihren sozio-ökonomischen Dimensionen verhalten (wie es ja mit dieser Studie geschieht). Denn bislang dominiert auch hier die Perspektive des Naturschutzes.

Drittens ist es auf der inhaltlichen Ebene wichtig, auf Schwachpunkte und Blockaden der CBD und ihre Gründe hinzuweisen. Hier gibt es einen breiten internationalen Wissensstand, der von zivilgesellschaftlichen wie wissenschaftlichen Akteuren erarbeitet wurde. Bundesdeutsche Organisationen haben über ein sog. Plattform-Papier und einen Workshop im Oktober 2006 einen inhaltlichen Diskussionsprozess begonnen, der aber nicht bei Null beginnt, sondern in die viele

Erfahrungen einfließen (Gura/Brinkmüller 2006, Forum Umwelt und Entwicklung / AG Biologische Vielfalt 2006). Einer kritischen Begleitung bedürfen Themen wie Zugang und Vorteilsausgleich – das ABS-Regime wird zweifellos zentral sein –, die ungenügende Implementierung der CBD, die auf der Tagesordnung für 2008 stehen. Insbesondere beim ABS-Regime geht es nicht nur um das Ob, sondern auch um das Wie.

Eine kritische Position sollte auch gegenüber den herrschenden Entwicklungen hin zur Kommerzialisierung, zur Ausblendung wichtiger Fragen wie der Biopiraterie, der Militarisierung der Biodiversitätsaneignung und der Ausblendung der Geschlechterverhältnisse formuliert werden. Eine breitere Diskussion müsste geführt werden zu der Frage, wer eigentlich über die Entwicklung neuer Technologien bestimmt und inwiefern diese sinnvoll oder gefährlich sind. Die aktuelle Technologieentwicklung ist alles andere als ein demokratischer Prozess, denn sie findet hinter verschlossenen Türen statt. Gesellschaftlich und politisch kann immer nur nachträglich diskutiert und reguliert werden. Dies widerspricht dem modernen Anspruch der demokratischen Gestaltung von Gesellschaft.

Im Dezember 2006 wurden von etwa 30 Expertinnen die sog. *Potsdam Recommendations* (2006) ausgearbeitet, die an den Bundesumweltminister gerichtet sind, in der diese und andere Punkte auftauchen. Allerdings suggeriert die Erklärung, dass es gar keinen Konfliktstoff gibt, sondern es einfach nur des verstärkten politischen Willens bedürfe. Zudem sollen zivilgesellschaftliche Organisationen zwar an der Vertragsstaatenkonferenz teilnehmen und Bewusstsein bildende Kampagnen starten, aber auch hier werden die real existierenden Konflikte nicht benannt (ebd.: 4).

Problematisiert werden sollte *viertens* die für einen Gastgeber der Vertragsstaatenkonferenz blamable Tatsache, dass die deutsche Regierung immer noch keine Biodiversitätsstrategie hat. Der Entwurf von Sommer 2005 wurde von der aktuellen Bundesregierung nach Regierungsantritt auf Eis gelegt. Ungenügend ist auch die von der Bundesregierung bzw. dem Bundesumweltministerium beabsichtigte Reduktion der Vertragsstaatenkonferenz auf eine „UN-Naturschutzkonferenz“. Das mag zwar für Breitenwirkung wichtig sein (mit dem Eisbären-Baby Knut als Maskottchen der Bonner Vertragsstaatenkonferenz), doch es verengt die mit der CBD verbundenen und anzugehenden Probleme dramatisch. Hier wird eine große Chance verschenkt.

Ebenfalls auf der inhaltlichen Ebene ist es *fünftens* wichtig, Verknüpfungen zu anderen Entwicklungen und Foren herzustellen (vgl. das erwähnte Plattform-Papier 2006 und die Potsdam Recommendations 2006). Ein Beispiel: Die „Musik“ im Bereich der geistigen Eigentumsrechte spielt nicht in der CBD, sondern in den TRIPS- oder WIPO-Verhandlungen. Welche Rolle spielt potenziell das GATS, wenn der Begriff der Umweltdienstleistungen wichtiger wird? Auch die Rolle der bilateralen Handelsabkommen muss zunehmend berücksichtigt werden.

Wichtig wäre bei diesen Verknüpfungen, dass stärker die grundlegende Verfasstheit der CBD diskutiert wird – nämlich deren Ausrichtung an Kommerzialisierung. Damit laufen die zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht Gefahr den Eindruck zu reproduzieren (der von den nördlichen Regierungen gerne erweckt wird), hier handle es sich um ein neutrales Forum, dem es um die möglichst effektive Lösung aller betreffender Probleme gehe.

Schließlich: Politisch gehört zu einem demokratischen Prozess – dieser auf internationaler Ebene noch nicht sehr weit entwickelt ist – auf einer sehr elementaren Ebene der Konflikt. In der (Welt-)Gesellschaft bestehen sehr unterschiedliche Interessen und Auffassungen über wünschbare und mögliche Entwicklungsrichtungen. Diese auszusprechen und nicht unter dem Imperativ „wie wollen ja alle das Gleiche (nämlich die Biodiversität retten)“ unter den Tisch zu kehren, ist eine wichtige Aufgabe zivilgesellschaftlicher Gruppen. Das sollte in der Studie gezeigt werden: Die Konflikte zwischen den relevanten Regierungen drehen sich nicht mehr um das Ob der Kommerzialisierung der Natur, sondern nur noch um das Wie und um die Verteilung des Kuchens.

In bestimmten Situationen kann es auch sinnvoll sein, die umweltpolitischen staatlichen Akteure in den Konflikten mit wirtschafts- und finanzpolitischen, die wenig Interesse an einer progressiven Biodiversitätspolitik haben, zu stärken. Aber das sollte nicht zu einer Dauerallianz werden, denn die inhaltlichen und strategischen Differenzen bleiben in vielen Punkten bestehen.

Zum Abschluss eine strategisch relevante Vermutung. Obwohl die Bundesregierung im Rahmen der EU agiert und keinen völlig eigenständigen Verhandlungsspielraum hat, wird es ihr doch ein wichtiges Anliegen sein, die COP 9 zu einem Erfolg zu machen. Hier könnten sich *windows of opportunity* für progressive Anliegen öffnen, denen man sich im richtigen Moment gewahr werden muss und dann mit guten Strategien zu nutzen weiß. Dafür bedarf es ein Wissen um die komplexen politischen Prozesse, wie sie in dieser Studie dargelegt wurden. Und es bedarf politisch-strategischer Klugheit, die wiederum in Diskussionen und Reflexionen entsteht.

Literatur

- Achselrad, Henri (2002): Die ökologische Herausforderung. Zwischen Markt, Sicherheit und Gerechtigkeit. In: Görg, Christoph/Brand, Ulrich (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements. „Rio + 10“ und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung. Münster: Westfälisches Dampfboot, 48-73.
- Baguio Declaration (2004): Baguio Declaration of the 2nd Asian Indigenous Women´s Conference, March 8, 2004, Baguio City, Philippines. www.tebtebba.org/tebtebba_files/gender/aiwdec.html
- Barnett, Thomas (2003): The Pentagon´s new map. <www.nwc.navy.mil/newrulesets>
- Becker, Egon/Wehling, Peter (1993): Risiko Wissenschaft. Frankfurt/M. und New York: Campus.
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2007) : Der Beitrag der Kategorie (Re-) Produktion zur Nachhaltigkeitsdebatte. In: Meier, Klaus/Wittich, Evelin (Hg.): Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung, Beiträge und Diskussionen. Manuskripte 64 der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin: Dietz, 186-204.
- Blessin, Sandra (2005): Terminator-Technologie. Die Gefahr ist nicht gebannt. In: Forum Umwelt und Entwicklung 1/2006, 10.
- Brand, Ulrich (2007): Paradoxien der Biopolitik. In: Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte. Schwerpunkt Rohstoff-Energie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim/Wissen, Markus (2008): Conflicts in Environmental Regulation and the Internationalisation of the State. Contested Terrains: London/New York: Routledge.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2008): Sustainability and Globalisation: A Theoretical Perspective. In: Conca, Ken/Finger, Mathias/Park, Jacob (Hg.): Sustainability, Globalization and Governance. London und New York: Routledge (im Erscheinen).
- BSR (2005) – Millennium Ecosystem Assessment: Ecosystems and Human Well-being: Biodiversity Synthesis Report., Washington, DC.: World Resources Institute.
- BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie (2005): Grüne Beute. Biopiraterie und Widerstand – Argumente, Hintergründe, Aktionen. Grafenau und Frankfurt/M.: Trotzdem-Verlag.
- Burrows, Beth (Hg., 2005): The Catch. Perspectives in Benefit Sharing. Edmonds: The Edmonds Institute.
- Chapin, Mac (2004): A Challenge to Conservationists. In: World Watch magazine, Nov./Dec. 2004.
- Ceceña, Ana Esther (Hg., 2006): Los desafíos de las emancipaciones en un contexto militarizado. Buenos Aires: CLACSO.
- Ceceña, Ana Esther/Motto, Carlos Ernesto (2005): Paraguay: eje de la dominación del Cono Sur. Buenos Aires: Observatorio Latinoamericano de Geopolítica.
- Conca, Ken/Finger, Mathias/Park, Jacob (Hg., 2008): Sustainability, Globalization and Governance. London und New York: Routledge (im Druck).
- Correa, Carlos/Musungu, Sisule F. (2002): The WIPO Patent Agenda: The Risks for Developing Countries. South Centre. <http://www.southcentre.org/publications/wipopatent/toc.htm>
- Declaración Foro Mesoamericano (2002): Frente al Plan Puebla Panamá el Movimiento Mesoamericano por la Integración Popular, 18.7.2002. <<http://www.foromanagua.com.ni/documentos/declaracion-III-foro-mesoamericano.PDF>>
- ETC Group (2006): Granada´s Grim Sowers Plow up Moratorium on Terminator, Clear the Path for its Approval at UN. Press Release, 27 January 2006 <etcgroup.org>
- Executive Secretary of the CBD (2005): Annotations to the provisional agenda. <UNEP/CBD/COP/8/1/Add.1>
- FAO Focus (2006): Women: users, preservers and managers of agro-biodiversity. <www.fao.org/FOCUS/E/Women/Biodiv-e.htm>
- FAO Focus (2006): Women: users, preservers and managers of agro-biodiversity. <www.fao.org/FOCUS/E/Women/Biodiv-e.htm>
- Fatheuer, Thomas/Petry, Sabrina (2006): Biologische Vielfalt und Sicherheit: Lichtblicke und Frustration in Curitiba. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung.
- Forum Umwelt und Entwicklung / AG Biologische Vielfalt (2006): Biopolitik mitgestalten! Plattformpapier und Positionssammlung von einem Workshop am 26. Oktober 2006. Bonn. <www.forumeu.de>
- Frein, Michael (2006): ABS weiter blockiert. Der Prozess wird jedoch weitergehen. In: Forum Umwelt und Entwicklung 1/2006, 8.
- Frein, Michael/Meyer, Hartmut (2002): Mager und visionslos. Die Ergebnisse der 8. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt in Curitiba (Brasilien); www.eed.de, 3. April 2006.
- Friends of the Earth International (2002): Implications of WTO Negotiations for Biodiversity. Briefing, April. Amsterdam.
- Gill, Stephen (2003): Power and Resistance in the New World Order. New York: Palgrave.

- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (2001): Zugang und Vorteilsausgleich – das Zentrum des Konfliktfeldes Biodiversität. Studie im Auftrag von Germanwatch und dem Forum Umwelt&Entwicklung, (Forschungspreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung)
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (2006): Global Regulation of Genetic Resources and the Internationalization of the State. In: *Global Environmental Politics* 6(4), 101-123.
- Goldman, Michael (2005): *Imperial Nature. The World Bank and struggles for social justice in the age of globalization*. New Haven/London: Yale University Press.
- GRAIN (2005) – Genetic Resources Action International: Whither Biosafety? In these days of Monsanto Laws, hope for biosafety lies at the grassroots. <www.grain.org/articles/index.cfm?id=9>
- GTZ – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (2002): *The Convention on Biological Diversity. Ensuring Gender-Sensitive Implementation*. Eschborn (Germany): GTZ.
- Gura, Susanne/Brinkmöller, Monika (2006): Biopolitik mitgestalten! Zivilgesellschaft startet mit den Vorbereitungen auf die internationale Biodiversitätskonferenz 2008. In: *Forum Umwelt & Entwicklung* 4/2006, 21-22.
- Heineke, Corinna (Hg., 2002): *La Vida en Venta: Transgénicos, Patentes y Biodiversidad*. San Salvador: Ediciones Heinrich Böll.
- Heineke, Corinna/Wolff, Franziska (2004): Access to Genetic Resources and the Sharing of Benefits: Private Rights or Shared Use for Biodiversity Conservation? In: *ELNI Review – Environmental Law Network International* 2, 26-33.
- Howard, Patricia L. (Hg., 2003): *Women and Plants. Gender Relations in Biodiversity Management and Conservation*. London/ New York: Zed Books.
- IFC – International Finance Corporation (2006): *A Guide to Biodiversity for the Private Sector: Why Biodiversity Matters and How It Creates Business Value?* <www.ifc.org/ifcext/enviro.nsf/Content/BiodiversityGuide>; visited in August 2006.
- Institute of Medicine and National Research Council of the National Academies (2004): *Safety of Genetically Engineered Food. Approaches To Assessing Unintended Health Effects*. Washington: The National Academy Press.
- IUCN (2006a): *The Millennium Ecosystem Assessment. Position Paper from the The World Conservation Union for the 8th meeting of the COP to the CBD in Curitiba*.
- IUCN (2006b): *Access and Benefit-Sharing. Position Paper from the The World Conservation Union for the 8th meeting of the COP to the CBD in Curitiba*.
- Kaiser, Gregor (2003): Wenn Leben zur Ressource wird. In: *ila – Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika*, 263.
- Lander, Edgardo (2006): *La Ciencia Neoliberal*. In: Ceceña, Ana Esther (Hg., 2006): *Los desafíos de las emancipaciones en un contexto militarizado*. Buenos Aires: CLACSO, 45-94.
- Lasén Díaz, Carolina (2005): *Intellectual Property Rights and Biological Resources. An Overview over Key Issues and Current Debates*. Wuppertal Papers, no. 151. Wuppertal.
- LePrestre, Philippe G. (2002): *The Operation of the CBD Convention Governance System*. In: ders. (Hg.): *Governing Global Biodiversity. The evolution and implementation of the Convention on Biological Diversity*. Adlershot: Ashgate, 91-114.
- MASR (2005) – *Millennium Ecosystem Assessment Synthesis Report*. Washington, DC: Island Press.
- Matthews, Duncan (2006): *NGOs, Intellectual Property Rights and Multilateral Institutions. Report of the IP-NGOs Research Project*. London: Queen Mary Intellectual Property Research Institute. <www.ipngos.org>
- Meier, Klaus/Wittich, Evelin (Hg., 2007): *Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung. Beiträge und Diskussionen*. Manuskripte 64 der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin: Dietz.
- National Research Council of the National Academies (2004): *Biological Confinement of Genetically Engineered Organisms*. Washington: The National Academy Press.
- Oxfam (2005): *Kicking down the door. How upcoming WTO talks threaten farmers in poor countries*. Oxfam Briefing Paper no. 72.
- Petit, Michel/Fowler, Cary/Collins, Wanda/Correa, Carlos/Thornström, Carl-Gustaf (2000): *Why Governments Can't Make Policy. The Case of Plant Genetic Resources in the International Arena*. Draft. o.O.
- Pineda, Francisco (2000): "Das Meer austrocknen". *Grundlagen und Dynamik der Aufstandsbekämpfung*. In: Brand, Ulrich/Ceceña, Ana Esther (Hg.): *Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 303-318.
- Potsdam Recommendations (2006): *Potsdam Recommendations on the Convention on Biological Diversity, submitted by the Eminent Experts. Workshop on Implementation of the Convention on Biological Diversity, Potsdam, Germany, 13.-15. Dezember 2006*.
- Raustiala, Kal/Victor, David G. (2004): *The Regime Complex for Plant Genetic Resources*. In *International Organization* 58, Frühjahr 2004, 277-309.
- Ribeiro, Silvia (2002): *Biopiraterie und geistiges Eigentum. Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen*.

- In: Görg, Christoph/Brand, Ulrich (2002): Mythen globalen Umweltmanagements. Rio plus 10 und die Sackgassen "nachhaltiger Entwicklung". Münster, 118-136.
- Secretariat of the CBD – Convention on Biological Diversity (2006a): Global Biodiversity Outlook 2. Montreal <www.biodiv.org/GBO2>
- Secretariat of the CBD - Convention on Biological Diversity (2006b): Report of the 8th Meeting of the Parties to the Convention on Biological Diversity, Curitiba, Brazil, 20-31 March 2006 <UNEP/CBD/COP/8/31>
- Villareal, Jorge/Helfrich, Silke/Calvillo, Alejandro (Hg., 2005): *¿Un mundo patentado? La privatización de la vida y del conocimiento*. El Salvador: Ediciones Boell
- WIPO (2002): WIPO Patent Agenda. Options for the Development of the International Patent System. Memorandum of the Director General. A/37/6. <http://www.wipo.int/eng/document/govbody/wo_gb_ab/doc/a37_6.doc>
- Wissen, Markus (2003): TRIPs, Trips-plus und WIPO. In: Brand, Ulrich/Görg, Christoph (Hg.): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot: 128-155.
- Wullweber, Joscha (2004): Das grüne Gold der Gene. Globale Konflikte und Biopiraterie. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zedan, Hamdallah (2005): Statement by the Executive Secretary of the CBD to the Meeting of the Ad Hoc Open-ended Working Group on the Review of Implementation of the Convention, Montreal, 5-9 September 2005.